

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pf.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Der Schmied.

Im Schurzfell stehst du vorm Feuerbrand
Und lässest die Bälge laufen;
Der Flammenschein überläßt die Wand;
Fest bläst du in das Brausen — — —

Du wirfst ein Händlein voll Sand hinein
Aufs weißerglühende Eisen;
Das muß im Schmelzen, im Flammenschein
Fest aneinanderschmelzen. — — —

Dann fliegt's auf den Amboss; der Schlag
Die Funken sprüh'n in die Ecke; [licht jäh;
Die Eisenstücke — sie halten zäh
Und dienen dem gleichen Zwecke — — —

O könntest du auch, Freund Hammerschmied;
Die Sinne zusammenschweißen
An unserem Volke, Glied um Glied,
Wie hier dies horstige Eisen!

Dak jeder, der jetzt mißbewogenst
Ging's auch über Feuerzgluten! —
Sich willig ein in das Ganze fügt
Und hilfe zu allem Guten!

Ph. Stauff im „Reich“.

Verbandstag in Duisburg.

II.

Die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages begannen am Montag morgen um 9 Uhr. Als Gäste waren erschienen die Herren Gewerbeinspektor Schnöps, Pfarrer Herberts (evang.), sowie mehrere katholische Arbeitervereinspräsidenten, als Vertreter des Gesamtverbandes der Generalsekretär Kollege Stegerwald. Im Laufe der Verhandlungen erschienen noch Abg. Kollege Schiffer, Vorsitzender im Vorstand des Gesamtverbandes wie des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, ferner die Kollegen Effert vom Gewerkerin christlicher Bergarbeiter, Kamann vom christlichen Tabakarbeiterverband und Landtagsabg. Sauer mann. Nach der Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der Anwesenden gab Kollege Wieber in mehr wie zweistündigen Ausführungen die Erläuterungen zum gedruckten vorliegenden

Geschäftsbericht:

Meine Herren! Werte Kollegen! Zum 6. Male sind Sie durch das Vertrauen der Mitglieder geehrt worden, um in der Generalversammlung des Verbandes zu prüfen, ob unsere Tätigkeit dem Wohle der Arbeiterschaft diene, ob die Mittel, um Widerstände zu überwinden, Gegner abzuwehren, erfolgreich waren, um aber auch die Arbeitsfreudigkeit für den Verband zu heben und zu beleben. Wir tagen in der Hochburg der Eisenindustrie, im Zentrum der Eisenindustrie am Niederrhein. Das Bild der Stadt, die rauchenden Schöte, das flackernde Feuer, das Stampfen der Maschinen, geben Zeugnis von der zielbewußten Arbeit. Daß diese Tätigkeit groß und fruchtbringend ist, das zeigen die Hüttenstädte, die erstaunlich schnell emporwachsen. Auf diesem Felde ist schon ein großes Stück Organisationsarbeit geleistet worden und bleibt noch viel zu tun übrig. Noch nicht allzu lange ist es her, da war der Arbeiter nur der Slave seiner Tätigkeit, ohne das Bewußtsein seines Rechtes zum Ausdruck zu bringen. Hier in diesem Lokale war es vor 10 Jahren, wo die Arbeit aufgenommen wurde, und zehntausende sind seit dieser Zeit aufgerüttelt worden aus dieser Gleichgültigkeit. Es geziemt sich daher, heute auch von dieser Stelle einen Rückblick auf die vergangene Zeit zu werfen. Große Schwierigkeiten waren zu Beginn zu überwinden. Der Organisationsgedanke hatte sich noch keine Anerkennung errungen, er war noch nicht in die Arbeiterschaft eingedrungen. Die kleine Zahl der Organisierten, die aus weniger bedeutenden Berufsgruppen zusammensetzte, verschwand vollständig unter den Tausenden der Unorganisierten. Ich greife nicht zu hoch, wenn ich behaupte, daß hier im Bezirk zu jener Zeit noch 110 000 bis 120 000 Arbeiter in Behörge lebten. Und doch jenseits gerade die Metallarbeiter unter dem gewaltigen Druck der Industriellen. Mißhandlungen waren keine Seltenheit, und die rohe Behandlung der Metallarbeiter legte Zeugnis ab von dem Nachstandspunkt der Unternehmer.

Die älteren Kollegen werden sich dieser Verhältnisse noch recht gut erinnern und sich ein Urteil über

die Wandlung bilden können. Der christliche Metallarbeiterverband kann es sich zur Ehre anrechnen, zuerst den Organisationsgedanken nachhaltig in diese Hochburg der Industrie hineingetragen zu haben. Mögen auch von anderer Seite gleiche Versuche unternommen worden sein, so bleibt doch bestehen, daß man Streiks und Lohnbewegungen in den Hüttenwerken nicht früher gekannt hat, als bis der christl. Metallarbeiterverband auftrat. Anderen Organisationen gelang es nicht, sich in den Hüttenwerken Rheinlands und Westfalens Eingang und Einfluß zu verschaffen, überall war der christliche Metallarbeiterverband allein der Träger der Bewegung. Dieses Faktum, daß größere und ältere Organisationen, die sich rühmen, über 350 000 Mitglieder zu haben, es nicht vermochten, Breche in die alten Verhältnisse zu legen, kann uns mit Stolz erfüllen. Doch wir haben nicht nur den Gedanken der Organisation hineingetragen in die Arbeiterschaft, sondern auch manche beachtenswerten Erfolge errungen. Wenn nicht mehr zu erzielen war, dann war es der starke Druck, der das Verhinderte. Ich brauche bloß den Namen Stahlwerkstatt zu nennen. Diese Vereinigung der Unternehmer schloß ein Vermögen von 150 Millionen Mk. in sich. Was diese Summe für eine Macht repräsentiert, wird jeder Gewerkschaftler verstehen.

Unter dem Druck des mächtigen Kapitals war es um die Arbeiter schlecht bestellt. Das Demunziatentum, das von gewisser Seite gepflegt wurde, das Spitzelwesen, erschwerte die Organisationsstrategie ungemein. Daß durch den christl. Metallarbeiterverband die Hüttenleute den Mut fanden, an diesen Zuständen zu rütteln, das wegt mehr auf, als eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Erst mußte die geistige Entwicklung gepflegt werden, das Selbstbewußtsein war zu wecken, damit die Kollegen den Mut fanden, ihre Rechte geltend zu machen, Forderungen zu stellen. Früher wäre es unmöglich gewesen, daß der Arbeiter seinem Brotherrn gegenüber es gewagt hätte, auf seine Rechte hinzuweisen. Auch die Tätigkeit des Verbandes nach außen hin kann sich recht gut sehen lassen. Der Anfang des Schutzes der Hüttenarbeiter ist von den christlichen Arbeitern ausgegangen. Mit Recht kann man größeren und älteren Verbänden den Vorwurf machen, daß sie auf diesem Gebiete untätig waren.

Nedner kam dann auf die finanziellen Verhältnisse des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sprechen, die sehr zufriedenstellend sind, und wies auf den Geschäftsbericht hin. Bei Lohnbewegungen fand besonders der Streit in Rheinischen Erwähnung, wo die Sozialdemokraten sich als Gehilfen des Staatsanwalts und als Demunzianten gezeigt haben. Auch die Bewegungen in Bielefeld, Hagen, und das Verhalten der Genossen fanden Erwähnung. Die finanziellen Verhältnisse des jetz. Metallarbeiterverbandes haben sich durch das überpaunte Unterstützungswesen so gestaltet, daß für die wichtigste Aufgabe, Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen wenig Mittel übrig bleiben. Eingehend beschäftigte sich Nedner mit den Kämpfen der Gegner und bedauerte, daß besonders durch das Verhalten der Sozialdemokraten ein schiedlich-friedliches Verhältnis nicht möglich sei. Zum Schluß betonte Nedner nochmals die politische und konfessionelle Neutralität des Verbandes und wies darauf hin, daß, wie der Arbeiter ein Recht habe, von dem Staate etwas zu verlangen, er auch dem Staate die Mittel gewähren müsse, sich festigen zu können und Absatzgebiete zu schaffen. Mit der begeisterten Aufforderung, schaffensfreudig die Werbearbeit aufzunehmen, damit kommende Kämpfe eine starke christliche Metallarbeiterchaft finden, schloß Kollege Wieber seine Ausführungen zum Geschäftsbericht.

Generaldiskussion zum Geschäftsbericht.

Schmiedhöln: Der Geschäftsbericht erwähnt die Tatsache, daß die Arbeitgeber die Zeitperiode des wirtschaftlichen Niederganges benutzt haben, um ihre Macht den Arbeitern gegenüber auszuspielen. Der Verein der Industriellen für den Reg.-Bez. Köln hat bekanntlich zu Anfang dieses Jahres an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in der ein unbedingtes gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens und alles dessen, was damit zusammenhängt, gefordert wurde.

Die Arbeitgeber verlangen damit die gesetzliche Stipulierung von zweierlei Recht. Die Unternehmer nehmen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen alle Warnungsmittel vor Ruzug in Anspruch. Sie brauchen sich zwar nicht auf die Straße zu stellen, um ihre Standesgenossen zu informieren und vor Bruch der Solidarität zu warnen, sie bedienen sich des Telefons und die letzte Krawallerbewegung hat gezeigt, daß die Unternehmer sogar per Automobil die einzelnen Unternehmer aufgesucht und die

gleiche Tätigkeit wie der Streikpostenstehler ausgeübt haben.

Der vorgenannte Arbeitgeberverband hat in seiner diesjährigen Generalversammlung einen weiteren gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen verlangt. Dabei scheuen die Arbeitgeber nicht davor zurück, durch Maßregelungen, Aussperrungen, Sperremaßnahmen, laufende arbeitswillige Arbeiter von der Erwerbstätigkeit auszuschalten. Wir müssen energisch fordern, daß unsere spärlichen Rechte nicht noch mehr eingeschränkt werden.

Wiederbrenner-Hamm: In der Hammer Eisenindustrie besteht ein von den Unternehmern vereinbartes Sperrsystem, das noch schärfere Bestimmungen enthält wie das im Duisburger Bezirk. Die Taktik der Unternehmerverbände zwingt die Arbeiter zur Opferwilligkeit und Geschlossenheit. Die Bewegungen in Lippstadt, Disberg, Hagen und Schwelm müßten den Arbeitern zeigen, wo sie heute hingehören. Daß sie das allmählich erkennen, helfen die erfreulichen Fortschritte, die wir in letzter Zeit im Hammer Bezirk gemacht haben.

Hirtliefer-Eisen weist auf die rapide Steigerung der Unterstützungsansprüche hin, wie sie aus dem Geschäftsbericht hervorgehe. Dieser gefährlichen Entwicklung müsse Einhalt geboten werden. Nedner erörtert ferner die Fragen der Wohlfahrtsleistungen und Jugendagitation. Seit Anfang ds. Jrs. seien im rheinisch-westfälischen Gebiet erhebliche Fortschritte zu verzeichnen.

Bäder-Saarbrücken: Der Bezirk Saar-Lothringen ist ein besonderes Schmerzenskind für unseren Verband während der wirtschaftlichen Krise gewesen. Jedoch war es möglich, mit Anspannung aller Kräfte und unter großen Opfern der Kollegenschaft auf allen Werken und in den meisten Orten eine Anzahl rühriger Kollegen dem Verbande zu erhalten. Die Gelben an der Saar dürfen wohl den Höhepunkt ihrer Entwicklung überschritten haben. In nächster Zeit wird zweifellos die Reaktion einsehen, dafür wagen vor allem diejenigen Elemente, die aus den Werks-Beamtenkreisen mit der Führung der Gelben beauftragt sind. Der Bureauchef der Burbacher-Hütte Herr Dr. Wagner, der Vater der Gelben in Saarbieren, ein Mann, der sich besonders im Kampfe gegen den christl. Metallarbeiterverband hervorgetan hat, ist kürzlich plötzlich entlassen worden.

Bezüglich der Pensionskassen müssen wir an den alten Forderungen unseres Verbandes festhalten und mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Rechte der Mitglieder durch eine besondere gesetzliche Unterlage gewahrt werden. Da die Komminierung der verschiedenen Betriebe der Montanindustrie (Berg- und Hüttenbetriebe) immer mehr vor sich geht, könnte durch eine Reform der Knappschaftsgesetze die Pensionskassenfrage für die Hüttenarbeiter gelöst werden, indem durch Gesetz solche Unternehmungen nicht wie bis jetzt, Knappschaftskassen errichten können, sondern errichten müssen.

Im Bezirk haben wir seit längerer Zeit einen heftigen Kampf der gelben Werksvereine und ihrer Protektoren gegen die konfessionellen Arbeitervereine zu verzeichnen. Vor allem in Oberhomburg, Bedingen und auf den Röchling'schen Eisen- und Stahlwerken G. m. b. H. in Böllingen.

Die Aussichten für unsern Verband im Bezirk Saar und Lothringen dürften, trotz des Mitgliederverlustes während der wirtschaftlichen Krise, als gut bezeichnet werden. Die christlich und nationale Bestimmung des größten Teiles der Saarrhütten- und Metallarbeiterschaft bürgt uns für die Möglichkeit einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung unter den Metall- und Hüttenarbeitern an der Saar. Eine große Anzahl Grubenhandwerker und Maschinisten haben sich ebenfalls unserem Verband angeschlossen, wodurch wir eine Anzahl tüchtiger Kollegen gewonnen haben. Desgleichen bemerken wir auch, wie unter den Hüttenarbeitern das Vertrauen zur Organisation in letzter Zeit erheblich gewachsen ist.

Königs-Münsterberg: Die zurückliegende Berichtsperiode diente nicht nur den Gewerkschaften zum Ausbau der Organisationen, sondern auch den

Unternehmern. Insbesondere wurde in Bayern ver-
sucht, durch eine Schlichtungsordnung für den
Bereich des Verbandes bayerischer Metallindustrieller
den Ausbruch zahlreicher Kämpfe einzudämmen.
Der Entwurf des genannten Verbandes erfolgte in
2 Sitzungen, zu welchen die Vertreter der ver-
schiedenen Metallarbeiterorganisationen eingeladen
und vertreten waren, eine wesentliche Verbesserung.
Die Verhandlungen und deren Resultat hierüber sind
im diesmaligen Bericht des Vorstandes eingehend
wiedergegeben worden. Ein besonderer Vorteil bot
die Bestimmung, daß bei Verhandlungen mit Ver-
trikskommissionen und Hauptkommissionen auch Ver-
treter der Organisationen hinzu gezogen werden
konnten, damit wurde der bekannte Satz „wir verhan-
deln nicht“ außer Kurs gesetzt.

Die streitigen Punkte um die Führung des
Vorstandes, Vertretung der Verbände, wurden vom
sozialdemokratischen Metallarbeiterverband als Ur-
sache angegeben, weshalb er die praktische Durch-
führung der Schlichtungsordnung ablehnen müsse.
Zweifellos hat die Bestimmung „ohne Durchlaufen
von 3 Instanzen keinen Kampf“ hierbei mitgewirkt.
Durch diese Ablehnung wurden die Metallarbeiter
geschädigt, da auf der gegebenen Basis später
mit Erfolg hätte weiter gearbeitet werden können.

Indessen sind nun auch die bayerischen Metall-
industriellen dazu übergegangen, in München, Mün-
chen und Augsburg Arbeitsnachweise einzuführen,
die in der Praxis nachweisbar die Freizügigkeit der
Arbeiter einengen. Im Kriege der sozialdemokra-
tischen Weltrevolution gegen den Maßstab blieb der
letzte Sieger.

M i n t e r - B e r l i n . Der Geschäftsbericht verrät
einen geistigen und technischen Hochstand unserer Ver-
bandsleitung, auf die wir stolz sein dürfen. Wenn
die Entwicklung der Mitgliederzahl nicht auch so
günstig war, wie die finanzielle, so ist dies neben
der Krise auch auf die Agitationsweise unserer Gegner,
die unser Arbeiten beeinträchtigt, zurückzuführen. Die
Girsch-Dunkerschen tun ja nichts weiter, als wie
durch Nebeneinanderstellen von Beiträgen und
Leistungen der Metallarbeiterorganisationen ihre Agi-
tation betreiben. Auch der sozialdemokratische Me-
tallarbeiterverband betreibt eine ähnliche Agitations-
methode. Damit wird der Arbeiter der Metall-
industrie der aller schlechteste Dienst erwiesen. Die
finanzielle Ohnmacht des sozialdemokratischen Me-
tallarbeiterverbandes reizt die Scharfmacher zu
allerlei Maßnahmen gegen die Arbeiter.

Dann haben wir auch mit der sügnertischen
Agitationsmethode, die unsere Gegner gegen uns
anzuwenden, zu rechnen. In Berlin, Danzig und
Ebing faßten die Genossen Beschlüsse, wonach
unsere Vertreter in den Versammlungen nicht er-
scheinen dürfen. Den freien Geisteskampf wagen die
Herren nicht mehr in Versammlungen gegen uns
aufzunehmen. Diese Tatsache verrät die Furcht vor
der geistigen, praktischen und moralischen Über-
legenheit der christlich-nationalen Gewerkschafts-
idee.

Viel Schaden verursacht unserer Entwicklung im
Rheinland Sachsen und im übrigen Berliner
Bezirk die Wühlarbeit der kath. Fachabteilungen. Die
beste Entwicklung im Berliner Bezirk nimmt Dan-
zig. Seit der dortigen Klempererbewegung ist
unser Mitgliederzahl von 67 auf etwa 200 gestiegen.

Da Pressen uns nur drei zur Verfügung stehen,
muß die Agitation durch kostspielige Flugblätter
betrieben werden. Unter diesen Umständen vollzieht
sich die Entlohnung nur langsam. Notwendig wäre
für Danzig ein Beamter.

H a r t m a n n - H a m b u r g : Ich vertrete eine der
schwersten Domänen unserer Bewegung und kann
nicht, wie Kollege Weinbrenner von 2000 Reuanf-
nahmen berichten, aber ebensowenig habe ich Ur-
sache, ein Klagespiel anzustimmen, wie dies über-
haupt nicht die Art der nordischen christlichen Ge-
werkschaften ist. Mit der alten Begeisterung und
Bähigkeit kämpfen wir uns Schritt für Schritt
unsere Position. Unsere alten Positionen Bremen,
Hamburg, Kiel, Hensburg usw. haben wir auch wäh-
rend der Wirtschaftskrise behauptet. Wir sind uns
im Norden klar darüber, daß für die weitere Ent-
wicklung unserer Bewegung geistige Waffen vor-
aussetzung sind. Deshalb möchte ich bitten, der
geistigen Bildungsarbeit überhaupt mehr Beachtung
zu widmen. Die Herausgabe kleiner blättriger Broschü-
ren, welche namentlich über die Verhältnisse in der
Metallindustrie Aufklärung geben, erweist sich als
notwendig. Bezüglich der Beitragsleistung müssen
wir darauf hinwirken, mehr Mitglieder für die
90 Pfg.-Beitragsklasse zu interessieren.

S c h ü m m e r - P a t t o w i z , D . S . : Der aus den
verschiedenen Bezirken beschickene, allgemeine Auf-
schwung des industriellen Lebens ist in der Oberschle-
sischen Eisenindustrie bis jetzt noch ausgeblieben. Da-
mit fehlt eine wichtige Vorbedingung für die Auf-
wärtsentwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Durch
die wachsende Konkurrenz der ausländischen Montan-
industrie in Rußland-Polen und Galizien und durch das
Fehlen natürlicher Wasserkräfte, ist die Oberschle-
sische Industrie beim Bezuge von Rohmaterial und Absatz
der Fertigfabrikate im Verhältnis zu der gleicharti-
gen Industrie des Westens benachteiligt. Das Ver-
langen der Oberschl. Industriellen nach einem Aus-
nahme-Tarif bei der Eisenbahn für Beförderung ober-
schleischer Industrieerzeugnisse ist nicht nur berechtigt,
sondern aus allgemeinen volkswirtschaftlichen und
sozialen Gründen dringend notwendig.

Die Organisation der Arbeiter steckt noch auf
der ganzen Linie in den Anfängen. Die Ursachen
hierfür sind verschiedene. Der Entwicklungsengang
vollzog sich unter ganz anderen Verhältnissen als
wollte im Westen. Im Westen waren die Gründer
der industriellen Werte zu einem sehr großen Teile
Arbeiter, aus keinen Verhältnissen hervorgegangene
Männer. Im Osten beherrschte der Großgrundbesitz,
der Feudaladel von allem Anfang an die Industrie.
Eine weitere Ursache ist die Nachwirkung der Leibe-
igenschaft, die im Osten am längsten bestanden hat.
Der Nationalitätenkampf ist ebenfalls ein großes
Hindernis. Der von Seiten der Berliner Fachabtei-
lungsbewegung gegen die christlichen Gewerkschaften
andauernd mit den verschiedensten Mitteln geführte
Kampf, an dem wir schuldlos sind, der aber un-
unterbrochen gegen uns weiter geführt wird, muß
als ein Unglück für die ober-schleischen Arbeiter be-
zeichnet werden. Diese Bewegung wird wirtschaftlich
überwunden werden. Ein Beweis hierfür ist schon
der seit mehr als 5 Wochen dauernde Streik von 600
Einkaufshilfsarbeitern in Wilhelminehütte, der trotz aller
Gegenversuche von Fachabteilungsseite geführt wird.

Noch trotz aller Schwierigkeiten wird eine Hoch-
konjunktur, die hoffentlich recht bald der überwie-
genden Bevölkerung beschlehen sein möge, auch in
Oberschlesien unseren christlichen Metallarbeiterver-
band vorwärts bringen. Unsommer, als gerade er sich
die größten Verdienste im Kampfe um die Besser-
stellung der Arbeiter der Großindustrie erwor-
ben hat.

S i e r z - S i e g e n . Im Siegerland bestehen in der
Eisenindustrie eigenartige Verhältnisse. Wir haben
es mit einer einheitlichen Arbeiterbevölkerung, mit
bodenständigen Leuten zu tun, die bei den teilweise
noch anzutreffenden patriarchalischen Verhältnissen
nur sehr schwer für den Organisationsgedanken zu ge-
winnen sind. Im Gegensatz hierzu stehen aber die
Arbeitgeber allen, auch den berechtigten Arbeiter-
wünschen gegenüber auf einem ablehnenden Stand-
punkt, genau so, wie die großindustriellen Scharf-
macher im Ruhrrevier. Gegen die Bundesratsverord-
nung zum Schutze der Arbeiter in der schweren
Eisenindustrie hat der Berg- und Hüttenmännische
Verein zu Siegen als die maßgebende Vertretung der
Siegerländer Industrie in scharfer Weise Stellung
genommen. Ebenso lehnt der genannte Verein in
seinem Geschäftsbericht alle sozialpolitischen Gegen-
entwürfe der letzten Zeit ab. Ebenfalls bestehen
in verschiedenen Orten Sperrverträge, und auf die
Einführung der Zwangsarbeitsnachweise wird an
mehreren Stellen eifrig hingewirkt.

Gegenüber diesen Bestrebungen muß die Sieger-
länder Arbeiterschaft sich mehr wie bisher um ihre
Interessen kümmern. Wir haben seit Anfang dieses
Jahres in der Mitgliederzahl erhebliche Fort-
schritte gemacht, und es ist begründete Hoffnung vor-
handen, daß es in dieser Beziehung auch weiter vor-
wärts geht.

W a l d e s - A a c h e n : Wir können vom Aachener
Bezirk nicht so günstiges berichten, wie Kollege Wein-
brenner von Hamm. Unsere Industrie hat in der
Berichtszeit schwere Zeiten durchgemacht. Die Ar-
beiter des Hüttenwerks Rote Erde hatten jede Woche
eine Feiertage. In der Metallindustrie kamen
Feiertage bis zu 3-4 Schichten pro Woche vor.
Die Maschinenindustrie hatte ebenfalls in der Be-
richtszeit unter der Krise zu leiden.

Nebener berichtet, daß durch die Zusammenlegung
der kleineren Ortsgruppen zu einer Ortsverwaltung,
mehr System in die Organisation und Agitation in
Aachen gekommen wäre. Er bittet, daß die Delegierten
überall für die Zusammenlegung von Ortsgruppen
eintreten möchten. Mehr Zentralisation sowohl in
den Bezirken, wie in den Ortsgruppen, werde unserem
Verband von Nutzen sein.

W a g n e r - M ü n c h e n : In Bayern haben wir nicht
mit einer so weit ausgebreiteten Industrie zu
rechnen, wie dies in Rheinland und Westfalen der
Fall ist. Doch können wir die erfreuliche Tatsache
verzeichnen, daß es auch in Bayern in industrieller
Hinsicht vorwärts geht. In Südbayern (Ober-, Nie-
derbayern, Schwaben-Neuburg) sind circa 48 000 Me-
tallarbeiter beschäftigt. 12 000 haben den Weg zur
Organisation gefunden, 36 000 stehen ihr noch fern.
Mithin haben wir im Süden noch ein großes Ar-
beitsfeld, mancher Kollege kann noch für uns ge-
wonnen werden.

Die öffentliche Handwerkschau im Mittelalter.

Zu den Einrichtungen, die in den Städten des
Mittelalters und im Leben der mittelalterlichen
Handwerker eine so wichtige Rolle spielen, gehört
auch die von den Räten und Zünften eingeführte und
überwachte Handwerkschau. Diese Handwerkschau
oder Kontrolle der hergestellten Erzeugnisse dürfte zu-
nächst in den Nahrungsmittelgewerben eingeführt
worden sein. Damit sich die Stadtbewohner mit
gutem Brot und Fleisch, mit unverfälschtem Bier
und Wein versorgen konnten, wurden „Schaumeister“
eingesetzt, die das Recht hatten, jederzeit Proben der
von den Bäckern, Schlächtern und Bierbiedern herge-
stellten Erzeugnisse zu nehmen. Schließlich aber und
besonders als das Handwerk in seinen verschiedenen
Zweigen immer mehr dazu überging, anstatt auf
Bestellungen für den offenen Markt zu arbeiten,
ward die Handwerkschau auch in vielen anderen
Berufen eingeführt. Hatte die Handwerkschau in den
Nahrungsmittelgewerben den Zweck, der Bevölkerung
gesunde und preiswerte Nahrungsmittel zu ver-
schaffen, so sollte durch die Schau in anderen Hand-
werkzweigen erreicht werden, daß alle Arbeiten
solid ausgeführt werden.

Je mehr die Handwerker in den deutschen Städten
für fremde Gebiete arbeiteten, desto mehr kam es
darauf an, daß die Erzeugnisse der einzelnen Städte
einen guten Ruf behielten. Die Produktionsfähigkeit
der einzelnen Werkstätten war damals noch recht
gering; ging ein Warenposten über das Tor hinaus
in fremde Gebiete, so bestand ein solcher Transport
wohl meistens aus Erzeugnissen, die aus den ver-
schiedensten Werkstätten stammten. Ein einzelner
Meister, bei dem fleißig gearbeitet wurde und der
unachtsam, geizig oder sonst minderwertiges Ma-
terial verwendet hatte, konnte deshalb die gesamte
Ehre der Stadt in Mißkredit bringen, und kam es öfter vor,

daß solche schlechte Erzeugnisse verbrannt wurden, so
mußte darunter der Ruf der Stadt als Produktions-
ort einer bestimmten Ware leiden. Es lag deshalb
nahe, daß sich die Zünfte und die Stadträte durch
Einführung, Ausdehnung u. Verschärfung von
Verordnungen gegen Stürkereit und Betrug, die der
Gesamtheit Schaden bringen mußten, zu wahren such-
ten. Es wurden Schauerordnungen und Gesetze er-
lassen, die Ausführung und Einhaltung dieser Gesetze
hatten besondere Schaumeister oder Geschworene des
Handwerks zu überwachen. Diese Schaugehete ent-
hielten Bestimmungen über die Art, wie bestimmte
Erzeugnisse hergestellt werden sollten, über die Ver-
wendung des Materials, über die Art, wie die Schau-
meister die Kontrolle vorzunehmen hatten und über
die Strafen bei Übertretungen.

Vielfach hatten die Schaumeister das Recht, die
Werkstätten der Handwerker jederzeit zu betreten,
Revisionen vorzunehmen und Erzeugnisse zu vernich-
ten, die nicht den gestellten Anforderungen ent-
sprachen. Häufiger war es auch vorgeschrieben, daß
die Schaumeister in jedem Jahre eine bestimmte
Anzahl Revisionen vornehmen mußten. Um die Kon-
trolle zu erleichtern, erhielt jeder Meister ein be-
sonderes Zeichen, das vom Schaumeister an den Er-
zeugnissen angebracht ward; die die Probe bestanden
hatten. Bei vielen Erzeugnissen konnte also auch noch
nach einer langen Zeit festgestellt werden, aus welcher
Werkstatt sie gekommen waren.

Bei einer erstmaligen Verletzung eines Schau-
gesetzes hatte der Übeltäter wohl meistens nur eine
Geldstrafe, manchmal freilich eine ziemlich hohe, zu
erwarten, ließ sich aber einer mehrere Male bei der-
artigen Gesetzesverletzungen erlassen, so wurden auch
schärfere Strafen verhängt. Von Regensburg, Wien
und Paris wissen wir, daß dort die Bäder, die schlech-
tes Brot backten und verkauften, „geschuppt“ wur-
den, das heißt, sie kamen in einen Behälter, aus dem
es kein Entkommen gab und wurden dann verschiedene

Male in einem schmutzigen Wasser untergetaucht. Ein
von der Regensburger Stadtrichtigkeit im 13. Jahr-
hundert erlassenes Schaugegesetz setzt fest, daß ein Tuch-
macher, der eine ihm wegen Tuchverfälschung an-
erkannte Geldstrafe nicht bezahlen kann, durch Ab-
hacken einer Hand bestraft werden soll. Aus Nürn-
berg sind Gesetze über die Handwerkschau bekannt
aus den Gewerben der Rammacher, Brillemacher,
Glaser, Schreiner, Feilenhauer, Büchsenmacher,
Schlosser, Klingenschmiede, Plattner (Panzer-
schmiede), der Messerer, Schwertfeger, Rotgießer, der Rann-
er und Zinngießer. Den Rammachern war genau vorge-
schrieben, welche Hornarten sie bei der Herstellung
von Rämmen nicht verwenden durften; den Glasern
ward eingeschärft, daß sie das billige und schlechte
böhmische Glas nicht als teures venezianisches Glas
absetzen dürfen, den Rotgießern war vorgeschrieben,
daß sie bei der Herstellung ihrer Erzeugnisse Blei
nur verwenden durften, wenn dies äußerlich kennt-
lich gemacht war und den Ranngießern war vor-
geschrieben, bei welchen Arbeiten die Mitverwendung
von Blei völlig verboten war und bei welchen Ar-
beiten das Blei einem bestimmten Verhältnis mit
Zinn vermischt werden durfte. Den Ranngießern in
Nürnberg war allerdings bei einer besonderen Be-
stellung erlaubt, auch Material zu verwenden, das
den Anforderungen des Schaugegesetzes nicht entsprach;
in solchen Fällen mußten aber die Erzeugnisse ohne
das Schaugezeichen geliefert werden.

In der heutigen Zeit mag uns diese Handwerks-
schau ziemlich kleinlich und ungewöhnlich vorkommen,
so wie damals die wirtschaftlichen Zustände lagen,
war sie aber doch eine sehr notwendige Einrichtung
und wenn das deutsche Gewerbe im Mittelalter
eine Stellung auf einer sehr hohen Stufe stand, so hat
die Handwerkschau und der daraus entstehende An-
trieb, solide Arbeit zu liefern, vieles dazu beigetra-
gen. U. W. Berlin.

Wehrere Vordredner haben schon die „Gelben“ gestreift und ins richtige Licht gestellt, leider müssen wir sagen, daß es in Augsburg war, wo diese gelbe Sumpfpflanze in die Höhe schoß. Wie es aber mit den Wohlfahrts-Einrichtungen in der Augsburger Maschinenfabrik aussieht, zeigt die Tabelle im Geschäftsbericht, wo den Arbeitern beim Fräsen der Grundplatten für Diesel-Motoren durchschnittlich 22,60 Prozent, beim Fräsen der Geradführungen für Diesel-Motoren rund 13,88 Prozent am Lohn abgezogen wurden. Die Direktion hat es verstanden, die Folgen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, denn 1908/09 wurden noch 19 Prozent Dividende verteilt.

Der Jugendorganisation widmete Redner auch etliche Worte und führte die Gründung der Jugendsektion in München an, wo man schon praktisch an die Lösung dieser wichtigen Frage herantreten sei.

Die Mitgliederzahl in Nordbayern befindet sich in aufsteigender Linie, die kommenden Jahre werden beweisen, daß auch die christlich gestimmten Metallarbeiter Südbayerns ihren Mann zu stellen wissen.

Wohn-Lautenthal. Betreffs der Organisationsverhältnisse in dem Harzgebiete liegen die Schwierigkeiten in dem dortigen System, durch das eine große Klassifizierung der Löhne besteht, wodurch einestheils dem Hebelndersystem und andererseits dem Ständebüffel Vorschub geleistet wird, sodaß für ein planmäßiges Vorgehen zur Herbeiführung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse bei einem großen Teil der Arbeiterschaft noch nicht das genügende Verständnis vorhanden ist. Die im christl. Metallarbeiterverband organisierten Harz-Hüttenleute erkennen die durch die Organisation bis jetzt erzielten Erfolge dankend an, und wenn seitens der Zentralleitung die dortigen Verhältnisse im Auge gefaßt werden, so dürfte für die Zukunft auch die Mitgliederentwicklung Fortschritte machen. Die Abgeordneten, welche unserer Bewegung nahe stehen, müssen sich auch weiter der Harzer Hüttenarbeiter annehmen und an maßgebender Stelle eine Änderung des Verwaltungssystems der Staatsbetriebe beantragen, wodurch die letzteren sich erst rentieren würden.

Nach Schluß der Generaldiskussion erstattete Kollege Sixtler im Namen der Revisoren Bericht. Die Kassienverwaltung sei in bester Ordnung befunden worden. Dem Kassierer Kollege Herzog gebühre für seine musterwürdige Arbeit der herzlichste Dank aller Kollegen. Einstimmig wurde hierauf dem Zentralvorstand Entlastung erteilt. Hierauf erstattete die Mandatsprüfungskommission Bericht von ihrer Tätigkeit und stellte den Antrag, sämtliche Mandate für gültig zu erklären, was auch beschlossen wurde.

In der Montag-Nachmittags-Sitzung erschien der Oberbürgermeister von Duisburg, Herr Geh. Oberregierungsrat Lehr in der Versammlung und wurde vom Vorsitzenden namens des Verbandstages herzlich begrüßt. Darauf nahm Herr Oberbürgermeister Lehr das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie, daß ich zuerst meinen herzlichsten Dank für die freundliche Begrüßung durch Ihren Herrn ersten Vorsitzenden ausspreche. Leider war es mir nicht möglich, gestern Abend der Versammlung beizuwohnen, doch war es mir ein Bedürfnis, mich heute unter Ihnen sehen zu lassen und dadurch zu zeigen, daß ich Ihre Bestrebungen gern anerkenne und Ihnen Erfolg wünsche. Mit Interesse habe ich das Buch, den Geschäftsbericht, gelesen und gesehen, was Sie erreicht haben und was Sie erstreben. Ich würdige den Assoziationsgedanken in der Arbeiterschaft vollständig, denn nur durch die Assoziation kann etwas erreicht werden für alle Kreise und alle Stände, auch für den Arbeiterstand. Besonders Interesse und Anerkennung verdient es, daß Sie mit echt christlichem Sinne und warmem Patriotismus Ihr Ziel erreichen wollen und so auch jenen Bestrebungen tatkräftig entgegenarbeiten, die Gesellschaft und Staat untergraben wollen. Sie wollen Ihre Interessen vertreten auf vollständig festem und gerechtem Boden. Darum heiße ich Sie in der Stadt Duisburg herzlich willkommen und wünsche, daß der Erfolg der Tagung nicht fehle. (Lebhafter Beifall.)

Es folgte nun das Referat des Kollegen Schmidt über:

„Die Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie und die Stellungnahme des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.“

Er wies auf die großen Anstrengungen hin, deren es bedurfte, um die Regierung zu einem gesetzlichen Eingreifen, trotz der offen zu Tage liegenden Mißstände, zu bewegen. Die erste Frucht der unangesehnten Bemühungen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei die am 1. April 1909 in Kraft getretene Bundesrats-Verordn. Redner erörtert dann die Vorgeschichte dieser Verordnung: Forderung des christlichen Metallarbeiterverbandes auf seiner Generalversammlung 1904. Antrag Giesberts im Reichstage 13. April 1907. Statistische Erhebungen des Verbandes 1907, Hüttenarbeiterkonferenz zu Duisburg 1907; Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage am 24. Oktober 1907. Petition des Verbandes an den Reichstag, 8. Dezember 1907. Erst Pfingsten 1907 nahm dann der deutsche Metallarbeiterverband die Agitation für den gesetzlichen Schutz auf, eine entscheidene Resolution nahm aber erst sein Verbandstag Mai 1909 in Hamburg an.

Eine Kritik der Verordnung des Bundesrates zeige eine Reihe von Fehlern und Mängeln, sodaß

sie nicht volle Befriedigung in den Arbeiterkreisen auslöse. Nicht berücksichtigt wurde die Arbeiterforderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, nicht einmal für die Feuerarbeiter wurde die so notwendige 8-Stundenschicht eingeführt. Wo eine Besserung eingeführt ist, sind die Bestimmungen behärdlich und auslegungsfähig, was besonders beim Begriff „Notfall“ eintritt, mit dem viel Mißbrauch getrieben wird. Dies belegen diverse Berichte der Gewerbeinspektoren. Deshalb sind auch Ueberschreitungen der Vorschriften an der Tagesordnung; diese werden nachgewiesen auf 8 Werken im Saargebiet und an verschiedenen Stellen im Siegerlande. Angesichts dessen fällt die „Soziale Praxis“ ein sehr ungünstiges Urteil über die Verordnung und ihre Handhabung.

Trotzdem beobachtet man seit längerem einen wohlorganisierten Vorstoß des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gegen die Bundesratsverordnung.

Der Kampf ist von grundsätzlicher Bedeutung, denn es soll der Herr im Hause-Standpunkt durch ihn zur Geltung gebracht werden. Schon vor Inkrafttreten der Verordnung machte der Berg- und Hüttenmännische Verein in seinem Jahresbericht Front gegen ihn, das Gleiche geschah auf der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im November 1909 zu Düsseldorf. Auch der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller holte auf seiner Tagung am 23. November 1909 zu einem Schlag gegen die Verordnung aus, den Abg. Dr. Bäumer führte. Der Niederschlag der Erörterungen war eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe. Im Reg.-Bez. Düsseldorf beantragten 30 Firmen mit 142000 Arbeitern Ausnahmen. Der Gewerbeberichtsbericht stellt fest, daß die übereinstimmende Fassung der Anträge die Herkunft von einer Zentrale habe erkennen lassen. Man wendet gegen die Verordnung ein, daß die höheren Verwaltungsbehörden von ihrer Befugnis Ausnahmen zu gestatten, nur unvollkommen Gebrauch machen, daß die ungleichenmäßige Ausführung unter den Arbeitern Verwirrung anrichte, daß die Sicherheit des Betriebes leide, Gefahren für das Leben der Arbeiter entstünden und somit beide Teile durch die Verordnung geschädigt würden. Man unterstellt der Arbeiterschaft unlautere Motive beim Streben nach längeren Pausen, die zur Agitation für die Sozialdemokratie und Organisation benutzt würden. Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wird der Wettbewerb auf dem Weltmarkte ins Feld geführt, daß 5 Prozent mehr Arbeiter eingestellt werden müssen. Man stellt sogar den Ruin der deutschen Eisengroßindustrie in Aussicht, wenn nicht den Wünschen der Großindustrie nach Beschneiden der Verordnung Rechnung getragen werde.

Demgegenüber ist mit Leichtigkeit nachzuweisen durch die Gewerbeaufsicht, daß überall umfangreiche Ausnahmehetilligungen stattgefunden haben. Es sind zugestanden ¼ stündige Mittagspause für Hochofenarbeiter, ½ stündige in den Thomaswerken, Martinwerken und Walzwerken. Wir erheben unsererseits aufschreien Einspruch dagegen, daß mehrere Behörden in der breiten Allgemeinheit Ausnahmen zugelassen haben, die die Verordnung für die Arbeiter illusorisch machten. Wenn in Schlesien fast generell die einstündige Mittagspause Sitte sei, dann könne sie auch andernwärts in Deutschland zur Regel gemacht werden. Was man in der Großindustrie bekämpfte, sei der erbliche Zwang, der gegen den Herrenstandpunkt herrsche. Damit fallen auch die Behauptungen wegen der Betriebsunsicherheit. Redner nimmt gegen die Einwendungs Stellung, als ob die Pausen nur aus agitatorischen Gründen gefordert würden und wendet sich im übrigen scharf gegen die Gleichstellung der Sonntagsarbeit mit der Werktagarbeit. Sie sei Ueberarbeit und müsse als solche behandelt werden. Dem Einwand der herminderten Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bei Umwandlung der 12-stündigen in 8-stündige Schicht begegnet Redner mit dem Hinweis auf die dominierende Stellung der Eisenindustrie in der Welt und auf die besten Unternehmensgewinne auch bei stundenlangem Konsum. Er werde geradezu in Anspruch nehmen, daß Ueberarbeit getrieben, wie aus diesen gewerbeamtlichen Feststellungen nachzuweisen sei, was an Hand eines rohen Materials in ausgiebigster Weise geschieht. Kollege Schmidt kommt zu dem Schluß: Die Verordnung sei nur als ein erster, schwächster Schritt zu betrachten, trotzdem werde dagegen Sturm gelaufen. Die praktische Konsequenz sei derart, daß von einer wesentlichen Verbesserung für die Arbeiter nicht die Rede sein könne. Die behördlichen Ermittlungen haben zur Evidenz die Notwendigkeit klarer, nicht zu umgehender Schutzbestimmungen erwiesen.

An der Diskussion zu diesem Referat beteiligten sich die Kollegen Gierk, Käfer und Schümmer in der Sitzung am Montag nachmittag. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Dienstag vormittag 8 1/2 Uhr vertagt.

In der Dienstaabormittags-Sitzung, die vom 2. Vorsitzenden Klotz eröffnet und geleitet wurde, nahm die Diskussion über das Referat des Kollegen Schmidt ihren Fortgang. Es beteiligten sich daran noch die Kollegen Franzen, Leubke, Giesberts, Weber und der

Herr Gewerbeinspektor Schnöpf. Letzterer wies dabei auf die Schwierigkeiten der Durchführung der Bundesratsverordnung durch die Aufsichtsbehörde hin; insbesondere schienen vielerorts noch Zweifel darüber zu bestehen, welche Betriebe unter die Bundesratsverordnung fallen und welche nicht. Tatsache sei, daß die erlassene Verordnung nur die Großindustrie, nicht aber die Kleinbetriebe treffen will. Weiter beständen verschiedene Auffassungen darüber, was als „Ueberstundenarbeit“ und als „Notfälle“ anzusehen sei; deshalb seien die Zahlen in den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbehörde mit Vorsicht aufzunehmen. Die auf Grund der Bundesratsverordnung von den Werksleitungen zu stellenden Anträge würden eingehend geprüft, indes müsse man den Werken auch eine gewisse Uebergangszeit gewähren. Nicht zum wenigsten beruhten die Schwierigkeiten in der Durchführung der Bundesratsverordnung auch darin, daß die Arbeiter die Behörden nicht genügend unterstützten, sondern manchmal aus leichtverstandlichen persönlichen Gründen selbst gegen die zu ihrem Schutze erlassenen Bestimmungen verstoßen. Zu empfehlen sei, daß aus den Kreisen der Arbeiter selbst Kontrollen zur Durchführung der Bundesratsverordnung angestellt würden. (Lebh. Beifall.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten Schmidt wurde dann folgende von ihm eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die 6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu Duisburg erkennt in der Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie den ersten Versuch, den Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährdenden Ueberständen in den Betrieben entgegenzuwirken. Die Verordnung muß jedoch in ihrer Wirkung als ungenügend bezeichnet werden. Die Generalversammlung legt daher entsprechende Bestrebungen ein gegen die Bestrebungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welche dahin zielen, die ohnedies schon unzureichenden Bestimmungen der Bundesratsverordnung wieder vollständig unentwickelt zu machen und richtet an die Regierung das Ersuchen, dem Drängen der Eisen- und Stahlindustriellen in keiner Weise stattzugeben.“

Die Generalversammlung erhebt gleichfalls Einspruch dagegen, daß die Gewerbeaufsichts- resp. Verwaltungsbehörden vielfach von ihrer Befugnis zur Gewährung von Ausnahmen gegenüber den Werken in zu weitgehendem Maße Gebrauch machen. In Erwägung, daß die jetzige Gestaltung der Bundesratsverordnung nicht den nötigen Arbeiterschutz gewährt, daß ferner die Auslegung und Anwendung derselben vielfach in einer die Interessen der Arbeiter schädigenden Weise geschieht, erhebt die Generalversammlung die Forderung, daß die Bekanntmachung des Bundesrats vom 19. Dezember 08 eine Abänderung er-

1. die während der Arbeitszeit in einer Gesamtdauer von zwei Stunden vorgeordnete Pause so geregelt wird, daß eine Pause von einer Stunde in die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr, die übrigen zu je einer halben Stunde zwischen 8 und 9 Uhr und 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr fallend, festgesetzt wird;
2. die Anrechnung etwaiger natürlicher Arbeitsunterbrechungen auf die Gesamtdauer der Pausen in Wegfall kommt;
3. die zwischen zwei Arbeitsschichten liegende Ruhezeit mindestens 12 Stunden beträgt;
4. die Bestimmung, die die Höchstgrenze der in Ausnahmefällen zulässigen Ueberstunden festsetzt, in die Bekanntmachung aufgenommen wird, da die Ermittlungen der Gewerbeaufsichtsbehörden über den Umfang der Ueberarbeit erneut die Bestätigung für die gewaltige Ausdehnung der Ueberarbeit erbracht haben;
5. Ausnahmen von den Bestimmungen nur in bringenden Fällen gewährt werden. Die Generalversammlung hält endlich an dem Ziel, die achtstündige Arbeitszeit in den Anlagen der Großeisenindustrie und zwar zunächst für die Hochofen- und Feuerarbeiter, einzuführen, weil nur diese allein die Möglichkeit für einen wirksamen Schutz dieser Arbeiter bietet.
6. Die Generalversammlung fordert schließlich, daß den Gewerbeaufsichtsbeamten zwecks wirksamer Durchführung der Bundesratsverordnung Hilfskräfte aus dem Arbeiterstand beigegeben werden.

Eine weitere, vom Kollegen Weinbreuner eingebrachte Resolution zu dieser Frage wurde ebenfalls einstimmig in folgender Fassung angenommen:

„Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Verzinsereien und Drahtwerke nach Auslegung durch die Gewerbeaufsichtsbehörde nicht unter die Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie fallen. Die Arbeiter in diesen Verzinsereien arbeiten nicht allein in ununterbrochenen Feuerbetrieben, sondern auch andauernd in Zink- und Feuerdämpfen, ohne daß Arbeitspausen vorgeordnet sind. Die Generalversammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bestimmungen der Bundesratsverordnung auf die obengenannten Betriebe ausgedehnt werden.“

Arbeitsnachweiser

Zu diesem Thema sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts. An dieser Stelle können nur einige Momente aus dem Vortrag wiedergegeben werden:

Die Arbeitsvermittlung ist volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Sie soll bewirken, die mögliche Beschäftigung der Arbeitslosigkeit, die passendste Beschäftigung für den Arbeiter unter Berücksichtigung seines Wunsches auf Bewertung seiner Intelligenz und der erworbenen Kenntnisse, schnelle Arbeitsbeschaffung ohne viel Kosten, Mühe und Zeitverlust. Bisher kennt man die öffentlichen (kommunalen), paritätischen, Facharbeitsnachweise, Arbeitgeberarbeitsnachweise, Innungsnachweise, Arbeitnehmerarbeitsnachweise und gewerbliche Stellenvermittlung. Öffentliche waren

1909 im Reich vorhanden 492, die 331 371 Stellen vermittelten. Paritätische Facharbeitsnachweise gab es 1904 nur 60 mit 51.000 Vermittlungen; 44 Arbeiterberufsnachweise vermittelten 1908 nur 426 693 Stellen; Jungnachweise gab es 162 mit 134 766 Vermittlungen; Arbeitnehmerarbeitsnachweise 188 mit 26 443 Vermittlungen, 15 Landwirtschaftskammern vermittelten 88 294 und 60 kaufmännische Nachweise 25 000 Stellen.

Die Entwicklung der Arbeitgeberverbände ist das Gegenstück zur Gewerkschaftsbewegung, wir können sie als notwendig bezeichnen, schon wegen der Möglichkeit des Abschlusses von Tarifverträgen. Durch diese sind schon viele Verbesserungen bez. Arbeitszeit und Lohn erreicht worden, das Arbeitsverhältnis wird der öffentlichen Diskussion unterstellt und damit die Verantwortlichkeit für den wirtschaftlichen Frieden auf beide Teile abgeladen. Die Gründung der einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweise haben den Doppelschweif, den Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen und eine Auslese unter den Arbeitskräften halten zu können. Vorbildlich für sie war das Hamburger System, das hauptsächlich vorzieht: Zwangsberatung und Überweisungsscheine. Seine Hauptgesamtheit liegt in der Ausschaltung der Selbstbestimmungsmöglichkeit des Arbeiters, dann auch in der sog. Auslese der besten Kräfte, die nicht erreicht wird durch die Ausschließung der Schlechten, sondern dadurch, daß man vorzuzieht, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu steigern, eine ausgedehnte gründliche technische Ausbildung und Fortbildung möglich zu machen; dann durch Achtung unserer Persönlichkeit, gute Löhne und Schutz vor Gesundheit und Leben. Redner weist dann an dem Beispiel des Zechenarbeitsnachweises nach, daß diese Arbeitgeberarbeitsnachweise keinen Verfall bei den Arbeitern finden können. Was kann die Arbeiterarbeitsnachweise tun? Zunächst ist notwendig stetige Beobachtung und Sammeln von Material, dann Abwehrmaßnahmen, deren Wirkung von der Stärke der Organisation abhängig ist.

An der nachfolgenden Debatte über diesen Punkt beteiligten sich die Kollegen Hartmann-Hamburg, Weinbrenner, Thelen-Mannheim, Tränkle-Freiburg i. Baden, Schmitz, Ruhn-Borsheim und Kreis-Dortmund in der Vormittags-Sitzung. Bei der Fortsetzung der Debatte am Nachmittag sprachen noch die Kollegen Dopler-Nürnberg, Winter, Hug-Schramberg, Döbelmann-Hannover und Scherer-Offenbach. In seinem Schlußwort zog der Referent ein Fazit aus der eingehenden Ausdrucksweise, worauf die von ihm eingeleitete Resolution einstimmig angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Generalversammlung des christl. Metallarbeiterverbandes sieht in den in neuerer Zeit gegründeten zentralisierten Zwangsarbeitsnachweisen der Unternehmerverbände eine fortgeschrittene Gefährdung des sozialen Friedens und ein Hindernis für die friedliche Verständigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Diese einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweise sind geeignet, die Freizügigkeit zu unterbinden und die Arbeiter willenslos der Willkür der Unternehmerorganisationen auszuliefern und ehrlich strebende Arbeiter von den Arbeitsplätzen auszuschließen, wie dies in der Praxis des Mannheimer-Ludwigshafener Arbeitsnachweises erwiesen ist. Sie protestiert entschieden gegen die gewalttätige Ottroyierung der Unternehmer-Zwangsarbeitsnachweise und verlangt:

1. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsvermittlungswesens mit dem Ziel der paritätischen Verwaltung und organischer Zentralisierung unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse des Gewerbes ist anzustreben. Die Arbeitsvermittlung soll wegen ihrer ökonomischen und sozialen Bedeutung für die Gesamtheit des Volkes und der ruhigen Entwicklung von Gewerbe und Industrie jenseits der Streitfragen über das Arbeitsverhältnis gestellt werden. Die Generalversammlung erwartet von der Regierung und den Bundeszentralbehörden, daß sie ergiebigen Gebrauch machen von den Bestimmungen des Stellenvermittlungsgesetzes und Vorschriften erlassen zur Überwachung der Unternehmer-Arbeitsnachweise, sowie daß auf eine paritätische Verwaltung derselben hingewirkt wird.
2. Die Generalversammlung fordert die Verbandsmitglieder auf, überall im Lande die Praxis der Unternehmer-Arbeitsnachweise zu überwachen und allen Mißbrauch an die Zentrale zu berichten, welche die gesammelten Materialien zwecks Abstellung der Mißstände verwenden wird.
3. Die öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise sind zu unterstützen und dem Bedürfnisse des Gewerbes entsprechend auszubauen.
4. Die Generalversammlung warnt die Arbeiter aller Berufe, insbesondere die Berufsgenossen des Metallgewerbes und des Bergbaues, sich nicht durch vorübergehend anheimelnde logische Handhabung der Unternehmer-Arbeitsnachweise einschließen zu lassen, sondern sich stets des Gedankens bewußt zu bleiben, daß, solange für diese Arbeitsnachweise nicht die Mitterwaltung der Arbeiter durchgeführt ist, sie eine ständige große Gefahr für die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Bestrebungen nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeuten.

Beratung der gestellten Anträge.
Zu diesem Punkt erklärte Kollege Wieber zunächst den Bericht der Beraterkommission, die am Montag abend in längerer Sitzung eifrig gearbeitet hatte. Das Resultat dieser Beratungen war in folgenden Richtlinien zusammen gefaßt: Die Kommission ist sich mit allen Mitgliedern darin einig, daß in an der Arbeit der noch bevorstehenden großen Kämpfe in der Metallindustrie eine starke Verbandskraft eine notwendige Voraussetzung, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes zu stärken, daher an erster Stelle im Interesse der Mitglieder gelegen ist. Nach langer und eingehender Beratung und reif-

licher Erwägung aller in Betracht kommenden Momente sieht die Kommission von einer Verhandlungsstrategie zur Zeit ab, hält es aber für wünschenswert, daß jetzt bei der aufsteigenden Konjunktur überall in den Ortsgruppen mit einer Ausbreitung der Lokalbeiträge vorgegangen, um so mehr Mittel zu gewinnen, um mit allem Nachdruck die Ausbreitung des Verbandes betreiben zu können.

Bezüglich der Anträge zu dem Unterstützungsweisen von Kurtwangen, Stegen und Würfel, welche die Bezugszeit nach Länge der Mitgliedsdauer regeln sollte, werden dieselben im Prinzip für berechtigt anerkannt. Die Kommission hält aber die Durchführung derselben auf der diesjährigen Generalversammlung noch nicht für opportun. Dagegen verpflichtet die Kommission die Steigerungsfristen auf zwei Jahre, und bei denjenigen, welche voll ausgereizert sind, 78 Wochen bis zur weiteren Unterstützungsberücksichtigung festzusetzen. Alle weiteren Anträge, das Beitrags- und Unterstützungsweisen betreffend, bittet die Kommission mit den gemachten Vorschlägen als erledigt zu betrachten und jede weitere Belastung, welche eine Verminderung der Hauptkasse nach sich ziehen würde, anzulehnen.

Das praktische Resultat der daran anschließenden ausgiebigen Debatte ist in folgenden Beschlüssen gelegt.

Zu Paragraph 5 des Statuts: In besonderen Fällen ist die Zentrale berechtigt, bei Uebertritten aus anderen Verbänden eine höhere Dauer der früheren Mitgliedschaft anzurechnen. — Damit ist den diesbez. Anträgen Schweidnitz und Düsseldorf sinngemäß Rechnung getragen.

Die Anträge zum Paragraph 7 bezüglich des Unterstützungsweisen wurden gemeinsam beraten und folgendes beschlossen: Die Karenzzeit und Höhe der Unterstützungen bleiben bestehen wie bisher. Die Wartezeit nach erfolgter Aussteuerung beträgt 78 Wochen und die Steigerungsfrist von einer Unterstützungsstufe zur andern 2 Jahre. Die bisher erworbenen Rechte bleiben dadurch unberührt. Die übrigen Anträge wurden teils abgelehnt, teils dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Änderungen treten mit dem 1. Okt. ds. Jrs. in Kraft.

Zum Schluß der Dienstsitzung nahm der Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stegerwald das Wort zu einem kurzen Resümee über die bisherigen Verhandlungen des Verbandstages, der tatsächlich einen außerordentlichen Verlauf genommen habe. Dann zeichnete er ein Bild von dem stets steigenden Einfluß der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und des christlichen Metallarbeiterverbandes im besonderen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten zwar größere Mitgliederzahlen aufzuweisen wie die christlichen Gewerkschaften; der Einfluß der ersteren stehe aber in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Stärke. Es könne ruhig behauptet werden, daß die christlichen Gewerkschaften schon heute in der Öffentlichkeit einen viel stärkeren Einfluß ausübten, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Der Redner begründete diese Behauptung schlagend durch Anführung verschiedener praktischer Beispiele aus der neuesten Zeit. In der Stellung der Arbeitgeber, insbesondere der großindustriellen Scharfmacher zu den christlichen Gewerkschaften übergehend, sagte Kollege Stegerwald: „Wenn man sich die Welt nach den Begriffen des Herrenmenschenentums zurechtlegt, dann sind die christlichen Gewerkschaften schlimmer, wie die sozialdemokratischen. Wenn man sich aber die tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, dann muß es als ein Verbrechen bezeichnet werden, die christlichen Gewerkschaften als gefährlicher hinzustellen wie diejenigen der Sozialdemokratie“. Der Redner schließt seine gehaltvollen Ausführungen mit dem dringenden Appell an die Delegierten, alle Kräfte anzuspornen, dem christlichen Metallarbeiterverband immer größere Massen zuzuführen.

Damit waren die öffentlichen Verhandlungen des Verbandstages beendet. — Begrüßungsschreiben resp. Telegramme waren im Verlauf der Verhandlungen eingelaufen: Vom christlichen Metallarbeiterverband der Schweiz, vom Abg. Kollegen Wiedberg namens des christlichen Bauarbeiterverbandes, von den Ortsgruppen Osnabrück, Aachen, Breslau, Nürnberg, Halle, Rhein-Hüsten, Kaiserlautern, Würzburg, Saarbrücken, Aachen, Danzig, München, ferner von den Kollegen Dilländer-Düsseldorf, Lezer-Düsseldorf (zur Zeit in einer Heilanstalt), Baltrusch-Saarbrücken und Abg. Kollegen Beder-Altenberg. Als Vertreter des kath. Metallarbeiter-Bund in Holland wohnte dessen Vorsitzender Kollege Boomgard den Verhandlungen bei.

Am Mittwoch vormittag tagte die Generalversammlung in geschlossener Sitzung. Zur Verhandlung standen in der Hauptsache Fragen organisatorischer und faktischer Natur. Kollege Strunk-Essen hielt zunächst einen gediegenen Vortrag über

„Die Agitation unter den Jugendlichen“

In der eingehenden Debatte zu dieser Frage beteiligten sich außer zahlreichen Delegierten auch die Herren Direktor Dr. Krauss vom Volkverein für das kath. Deutschland, Pfarrer Dr. Weber, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine sowie mehrere Präsides von katholischen Jugendvereinen, die als herzlich begrüßte Gäste den Beratungen beiwohnten. Alle Redner waren darin

einig, daß in Zukunft seitens der christlichen Gewerkschaften die mehr zur Gewinnung der Jugend getan werden muß. Die Generalversammlung erteilte dem Zentralvorstand den Auftrag, alle notwendig erscheidenden Maßnahmen in dieser wichtigen Frage zu ergreifen. — Der erste Schritt in dieser wichtigen Frage ist getan; nun liegt es an den Kollegen, die Agitation unter den Jugendlichen energisch aufzunehmen und mit Beharrlichkeit durchzuführen.

Damit war die Tagesordnung der 6. Generalversammlung erschöpft und nur noch die Ergänzungswahl des Vorstandes zu tätigen. Einstimmig wurden folgende Kollegen gewählt: Most-Essen als zweiter Vorsitzender, ferner Gising-Bochum, Weinbrenner-Hamm, Latrid-Düsseldorf, Lentges-Mülheim (Ruhr), Sieberg-Oberhausen. In den Ausschuß wurden gewählt: Giesberts-Bladbach, Döring-Win, Freije-Duisburg, Schmitz-Köln und Brüggemann-Düsseldorf.

Nunmehr ergriff Kollege Wieber das Wort zu einer begeisterten Schlußansprache: Wir können heute am Schluß der Tagung sagen, daß der Verlauf der 6. Generalversammlung ein glänzender war. Unsere Beratungen erfreuten sich der Beachtung aller Schichten der Bevölkerung, ein Beweis, daß sich die Bewegung der christl. Arbeiter Anerkennung errungen hat. Die Fragen, die hier in Vorträgen behandelt wurden, waren von hoher Bedeutung für die deutschen Metallarbeiter. Der von uns vorgelegte Geschäftsbericht hat nicht die geringste Veranlassung zu Ausstellungen gegeben.

Was die einzelnen Referate anbetrifft, so haben sie aufs neue, besonders die Ausführungen des Kollegen Schmitz über die Bundesratsverordnung, bewiesen, daß der christliche Metallarbeiterverband unermüdbar tätig ist, für die Hütten- und Walzwerker eine Besserung ihrer bebrängten Lage herbeizuführen. Das Material, das der Vortrag brachte, wird in der Öffentlichkeit seine Wirkung nicht verfehlen. Die wichtige Frage der Arbeitsnachweise hat Herr Reichslandtagsabgeordneter Kollege Giesberts eingehend behandelt. Unter dem einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis leiden die Metallarbeiter am meisten und es ist daher dringend nötig, daß die Winke, die der Referent gab, befolgt werden. Seien wir auf der Wacht, um Uebergriffe des Arbeitsnachweises sofort der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das letzte Referat über die Jugendfrage von Kollege Strunk behandelte eine bedeutsame Aufgabe der Zukunft. Wäge der erste Schritt, den wir hierin getan haben, zur Klärung der Lage führen. Dank allen Referenten für ihre Darlegungen. Dank auch allen Delegierten, die mit Rührigkeit, Pünktlichkeit, Aufmerksamkeit und Sachkenntnis hier für den Verband und im Interesse der Kollegen wirkten. Das ruhige, zielbewusste Vorgehen stellt der erzieherischen Wirkung des Verbandes das beste Zeugnis aus, muß aber auch die rückhaltlose Anerkennung und Bewunderung der Gäste auslösen. Dank auch der Presse, die mit geringer Ausnahme in objektiven Berichten die Verhandlungen wiedergab. Dank allen, die mit Rat und Tat uns zur Seite standen in diesen Tagen. Mit der Aufforderung will ich schließen: Zieht hinaus in alle Gauen des Deutschen Vaterlandes, verbreitet die Gedanken, die ihr hier gehört habt, wirkt als Agitatoren mit ganzer Kraft für unsere hohen Ziele, dann wird der 6. Verbandstag zu einer weiteren glänzenden Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes, zur Ausbreitung der Gedanken der christl. Arbeiterbewegung, hervorragend beigetragen haben.

Auf Wiedersehen beim nächsten Verbandstag! (Lebh. Beifall.)

Nachmittags vereinigten sich die Delegierten und Gäste zu einer Dampferfahrt durch die weltberühmten Duisburger Hafenanlagen, sodaß sie den gewaltigen Verkehr dieser handelspolitischen und industriellen Hochsiedler aus eigener Anschauung kennen lernen konnten. — Nun sind die Delegierten wieder in ihre Heimat zu den übrigen Kollegen zurückgekehrt und werden alles daran setzen, daß der vom Verbandstag ausgestreute Samen reichliche Früchte tragen möge.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Kassenverhältnisse

Noch deutlicher als die Mitgliederbewegung zeigt die Finanzgebarung der christlichen Gewerkschaften, daß ihnen die letzte wirtschaftliche Niedergangsperiode nicht wesentlich Abbruch zu tun vermochte. Es lag die Befürchtung nahe, daß die christlichen Gewerkschaften als jüngste der drei Organisationsgruppen von der Krise härter betroffen werden würden, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die beide über einen größeren Stamm älterer Mitglieder verfügten. Diese Befürchtung hat sich indes nicht bewahrheitet.

Während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in 1908 gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von Mark 125 016 zu verzeichnen hatten und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in 1908 Mt. 2 852 388 weniger als in 1907 vereinnahmten, war bei den christlichen Gewerkschaften nicht nur kein Einnahmerrückgang, sondern eine feste Steigerung zu beobachten, was durch folgendes Bild bestätigt wird:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408

Die Einnahmen stiegen somit in 1909 gegenüber dem Vorjahre von Mk. 4 394 745 auf Mk. 4 612 920, die Ausgaben von Mk. 3 556 224 auf Mk. 3 843 504, während sich der Kassenbestand von Mk. 4 513 409 auf 5 365 338 oder um Mk. 851 929 erhöhte. Eine geringere Einnahme als im Vorjahre hatten nur einzelne Verbände; an der Steigerung des Kassenbestandes sind indes auch diese beteiligt. Während noch bis 1905 es bei den christlichen Gewerkschaften mit den Vermögensverhältnissen nicht sehr gut bestellt war, haben sie in den letzten Jahren jährlich rund eine Million Mark zurückgelegt und haben nunmehr durch ihren Vermögensbestand gegen unvorhergesehene Überraschungen, ganz gleich, von welcher Seite diese kommen mögen, einen widerstandsfähigen Schutzwall aufgerichtet. — Ueber die einzelnen Posten in Einnahmen und Ausgaben gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

Einnahmen:		1909	1908
Ausgaben:		1909	1908
Aufnahmegebühren		34 817	37 287
Beiträge		4 143 104	4 006 233
Ertragsbeiträge		23 385	58 544
Sonstige Einnahmen		397 301	271 319
Verbandsorgan		404 050	405 407
Agitation		448 218	362 452
Streik- u. Gemäßregelunterstützung		489 023	424 992
Reise- und Arbeitslosenunterstützung		135 536	134 453
Krankengeld		647 723	514 284
Sterbegeld		197 089	170 639
Rechtsschutz		146 497	128 091
Sonstige Unterstützungen		27 605	28 926
Gehälter		117 059	102 917
Verwaltungsausgaben		198 452	155 515
Bibliothek und sonstige Bildungsausgaben		39 235	37 400
Beitrag an den Gesamtverband		52 526	45 174
Anteil der Lokalkassen		717 440	795 441
Sonstige Ausgaben		150 150	240 104

Die Einnahmen an Beiträgen haben somit eine Steigerung von Mk. 136 871 erfahren, während die Aufnahmegebühren gegenüber dem Vorjahre sich um Mk. 2470 verringerten. Die Posten „Ertragsbeiträge“ und „Sonstige Einnahmen“ sind stets schwankend, weil diese als feste und regelmäßige Einnahmen nicht anzusehen, sondern von den verschiedensten Umständen abhängig sind. Von den Ausgabenposten weisen nur zwei anormale Veränderungen auf: Agitation und Krankengeld. Die Mehrausgabe für Agitation gegenüber dem Vorjahre mit Mk. 87 666 ist indes nur eine scheinbare; sie ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß bei dem Gewerkschaften christlichen

Agitation und Rechtsschutz vorgenommen wurde, wodurch in der Art der Buchung eine Veränderung erfolgte. Bei den Textilarbeitern wurde der Anteil der Lokalkassen vergrößert, dafür aber aus allgemeinen Verbandsmitteln an Bezirks- und Zahlstellen Zuwendungen gemacht, die früher aus dem Anteil der Ortskassen bestritten wurden. Damit hängt auch zusammen, daß trotz erhöhter Einnahme an Beiträgen der Anteil der Lokalkassen um Mk. 78 001, also fast um denselben Betrag sich verringerte, als anscheinend mehr an Agitation aufgewendet wurde. Die Ausgaben an Krankengeld haben sich indes bei gleichbleibenden Verhältnissen um Mk. 133 439 erhöht; diese Steigerung ist eine verhältnismäßig große und dürfte dem Umstande zuzuschreiben sein, daß sich der Kreis der älteren und krankengeldbezugsberechtigten Mitglieder in den einzelnen Verbänden merklich vergrößert hat. Während in früheren Jahren innerhalb der christl. Gewerkschaften die Aufwendungen an Streitunterstützungen diejenigen der übrigen Unterstützungsarten wesentlich übertrafen, ist in den letzten Jahren eine vollständige Verschiebung eingetreten, was aus folgender Zusammenstellung hervorgeht; es wurden an Unterstützungen verausgabt:

Jahr	Insgesamt	Streits- u. Gemäßregelunterstützung	Sonstige
1909	1 708 473	489 023	1 214 450
1908	1 401 385	424 992	976 393
1907	1 451 740	743 278	708 478
1906	1 364 105	853 435	510 670
1905	1 233 321	1 000 320	233 001

Während 1906 noch 853 435 Mark für Streitunterstützung und 510 670 Mark für sonstige Unterstützungen verausgabt wurden — das Jahr 1905 kann mit Rücksicht auf den damaligen Ruhrbergarbeiterstreik und die dafür aufgewendeten ausnahmsweise hohen Unterstützungen nicht als Vergleichsjahr herangezogen werden — betragen die Ausgaben an sonstigen Unterstützungen in 1909 1 214 450 Mk. wohingegen die Aufwendungen für Streiks- und Gemäßregelunterstützung nur den Betrag von 489 023 Mark erforderten. In den kommenden Jahren dürfte allerdings auf die Streitunterstützung wieder ein höheres Konto entfallen, während die Ausgaben für die übrigen Unterstützungen sich kaum wesentlich verringern dürften.

Im Beitragswesen dürften in nächster Zeit wesentliche einschneidende Veränderungen bei keinem Verbands mehr zu erwarten sein. Die meisten Verbände haben das Staffelbeitragsystem eingeführt, so daß erforderlichenfalls nur die Ueberführung größerer Mitgliedergruppen in höhere Beitragsklassen in Betracht zu ziehen wäre. Einen wöchentlichen Beitrag von 90 Pfg. und mehr — eine ganz genaue Aufstellung war nicht möglich — zahlen heute rund 7500 Mitglieder, zwischen 60 und 90 Pfg. etwa 60 000 Mitglieder, 50 Pfg. zirka 35 000 und 40 Pfg. wöchentlich nahezu 110 000 Mitglieder; die noch einen Beitrag von unter 40 Pfg. wöchentlich leisten, sind in der Hauptsache Arbeiterinnen und Staatsarbeiter (Eisenbahner, Telegraphenarbeiter etc.).

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Die wirtschaftlichen Schwankungen, denen das Jahr 1909 ausgesetzt war, wirkten naturgemäß auf die Tätigkeit der Gewerkschaften hinsichtlich der Verrückung ihrer Mitglieder zurück. In der Großindustrie mußten umfangreichere Bewegungen zurückgestellt werden und auch in den handwerklichen Berufen war die Lage für die Neugestaltung der abgelaufenen Tarife nicht sehr günstig. Dennoch ließen sich verschiedene, den Arbeitern zugeordnete Verschlechterungen nicht nur abwehren, sondern es gelang auch, daß eine Anzahl Verbesserungen durchgefochten wurden.

In der Holzindustrie, im Maler- und Schnetbergewerbe lief seither alljährlich eine nicht geringe Anzahl von Tarifverträgen ab, an deren Erneuerung und Ausbau die betreffenden christlichen Berufsverbände nach Kräften mitarbeiteten. In den Gewerben mit fortgeschrittener Tarifbewegung werden die seitherigen örtlichen Tarife immer mehr in großen Bezirks- und teilweise in Reichstaxen zusammengefaßt, mit Gau- und Zentralämtern an der Spitze. Die christlichen Gewerkschaften sind fast in all diesen Institutionen vertreten. Im Malergewerbe kam im Berichtsjahr erstmalig ein Reichstaxtarif zustande.

Im allgemeinen betrug die Zahl der Bewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften in 1909 beteiligt waren, 706 gegen 683 im Vorjahre. Dagegen ging die Zahl der Beteiligten von 43 238 in 1908 auf 26 946 in 1909 zurück. Einen friedlichen Verlauf nahmen 471 = 67 Prozent (492 = 67 Proz. (492 = 72 Proz.) der Bewegungen mit 19 936 = 74 Proz. (36 429 = 84,4 Proz.) der Beteiligten. Als zusammenfassender Schluß aus diesen Gegenüberstellungen ergibt sich, daß der erste und hauptsächlichste Faktor, der in alle Berechnungen der zukünftigen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den Interessenten des Arbeitsvertrages eingestellt werden muß, die Tarifentwicklung ist, daß die Verantwortung für eine eventl. Zuspüfung dieses Verhältnisses und ihre Folgen auf der Seite derjenigen gesucht werden muß, die sich der Tarifentwicklung hindernd in den Weg stellen.

Ein Blick auf die Zahlen der unfriedlich verlaufenen Bewegungen läßt den Zwittercharakter des Wirtschaftsjahres 1909 erkennen. Diese Bewegungen verteilen sich wie folgt:

	Anzahl	Beteiligte Personen		
	1908	1909	1908	1909
Angriffsstreiks	82	112	2942	2686
Abwehrstreiks	81	74	2437	1772
Ausperrungen	28	49	1420	2552

Die Unentschiedenheit im Aufbau der wirtschaftlichen Situation, die das einmal die Wünsche und Pläne der Arbeitgeber, ein andermal jene der Arbeiter fördern zu wollen schien, kommt in einer vermehrten Angriffslust auf beiden Seiten zum Ausdruck, die indes verhältnismäßig größer auf Seiten der Arbeitgeber war. Angriffstreiks und Ausperrungen sind der Zahl nach gestiegen, letztere sehr wesentlich auch in bezug auf die Beteiligtenzahl, die bei den Angriffstreiks dagegen noch um eine Kleinigkeit zurückging. Infolge dieser offensiveren Stellungnahme der beiden Parteien blieb die Zahl der Abwehrstreiks hinter jener des Vorjahres etwas, hinsichtlich der Beteiligtenzahl sogar recht beträchtlich zurück. Die Zahlen betreffen die Ursachen der Streiks und Ausperrungen lassen sich im allgemeinen in das hier Gesagte ein, lassen aber den Uebergang der Arbeiter aus der bloßen Defensiv zum Angriff deutlicher erkennen. Streiks und Ausperrungen wurden am häufigsten wegen:

	1908	1909
Forderungen höheren Lohnes	42	70
Forderungen verkürzter Arbeitszeit	17	2
Forderungen höheren Lohns und verkürzter Arbeitszeit	37	53
Abwehr von Verschlechterungen	86	89
Sonstiger Ursachen	25	21

Zwar haben sich in den beiden Vergleichsjahren die Zahlen, die über die Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen berichten, sozusagen die Waagschale gehalten. Die Gegenüberstellung der Ziffern betreffend die Bewegungen, die aus der Aufstellung von Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung erwachsen, tut jedoch das entschieden mehr positiv gerichtete Vorwärtsdrängen der Arbeiter dar. Und die Art, wie die Bewegungen ausgegangen, beweist, daß im allgemeinen ein sicheres Gefühl für die Möglichkeiten der jeweils gegebenen Lage hatten. Es gingen aus:

	erfolgreich	trism. erfolgr.	erfolglos
Angriffstreiks	33	48	30
Abwehrstreiks	28	25	31
Ausperrungen	3	18	8

Dieses Bild beleuchtet die augenscheinlich günstigere Situation des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahre und insbesondere beweist der Umstand, daß 18 Ausperrungen erfolgreich, 25 teilweise erfolgreich und nur 5 erfolglos für die Arbeiter verliefen, daß sich die Stellung der Organisationen konsolidiert hat. Alles in allem sieht sich die Organisationsgünstiger an, als es auf Grund der Verhältnisse des vorausgegangenen Jahres der Fall war.

Aus den Tabellen im Zentralblatt ergibt sich noch, daß in 233 Fällen die christl. Gewerkschaften die alleinigen Träger der Bewegungen waren, während sie in 399 Fällen mit anderen Organisationen zusammengingen, in 327 Fällen aber die Mehrheit der Beteiligten stellten. Tarifliche Neuabstufungen waren 188 zu verzeichnen. Insgesamt partizipierten die christlichen Gewerkschaften an 785 Tarifverträgen, welche Zahl die des Vorjahres um 124 übersteigt.

Eine Zusammenfassung der unmittelbaren Erfolge, soweit sich dieselben zahlenmäßig ausdrücken lassen, verlohnt nachstehende Tabelle. (Zu der folgenden Spalte.)

Zieht man die verhältnismäßig geringe Anzahl der in Bewegungen verwickelten Gewerkschaftsmitglieder in betracht, so erscheinen die hier detaillierten unmittelbaren Erfolge zweifellos als recht beträchtliche. Wie sehr sich die christlichen Gewerkschaften auch sonst die würdigere Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses angelegen sein lassen, erhellt z. B. aus der Angabe des Verbandes der Nahrungsmittelindustriearbeiter, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, für 176 Mitglieder die Einräumung von Ferien zu erwirken, die je nach der Dauer ihrer Anstellungszeit 2 Tage bis zu 1 Woche pro Jahr betragen. In das Kapitel der erzielten Erfolge gehören aber auch die Mitteilungen über die Abwehr drohender Verschlechterungen. So berichtet der Metallarbeiterverband von 10 Fällen, in denen für insgesamt 126 Mitglieder Akkord- und Lohnreduzierungen von 5 bis zu 50 Proz. hintangehalten werden konnten. In vier weiteren Fällen wurde eine Verschlechterung der Arbeitsordnung abgewehrt und die Regelung des Strafgehdienstes, Zahlung bei Zehltag, Einführung von Akkordlohn und höhere Bezahlung der Ueberstunden erzielt. Drei weitere Fälle schlossen mit der Zurücknahme der Maßregelung und Kündigung von Arbeitern, der Einführung eines Arbeiterausschusses und Anerkennung der Organisation ab. Schließlich wird noch von 10 Fällen berichtet, in denen die Verbesserung der gesundheit-

lichen Betriebsrichtungen und Garantien für bessere Behandlung der Arbeiter das Ergebnis waren. Der Tabakerbeiterverband konnte 5 angebotene Lohnverschlechterungen abwehren, in sieben Fällen die Einführung besserer Materials und sonstige Verbesserungen, in fünf die Zurücknahme von Maßregelungen erreichen, in einem einen Anschlag auf das Koalitionsrecht vereiteln und in einem weiteren eine beachtliche Schädigung der Arbeiter durch die Durchführung einer Neueinrichtung verhindern.

Berufe	Anzahl	Beteiligte Personen	Erfolge	
			Abwehr	Abgabe
Bauarbeiter	4942	100 800	100	3
Textilarbeiter	4381	1 000 000	173	3
Metallarbeiter	348	6 000	1	3
Handel- u. Gemeindegewerbe	2367	3 000	1163	3
Landwirtschaftl. Arbeiter	2164	1 200 000	1738	3
Handwerker	955	1 000 000	401	3
Chemiker	339	4 500	1	3
Lehrer	81	1 63	1	3
Staatliche Beamte	81	1 63	1	3
Sonstige Gewerbe	260	1 70	1	3
Sonstige	176	1 50	1	3

Aus der Organisationspraxis.

In früheren Jahren mußte häufig Beschwerde darüber geführt werden, daß insbesondere in ländlichen Bezirken die Behörden ihren Einfluß gegen die gewerkschaftlichen Organisationen mißbrauchten, wobei oft die schlimmsten Auslegungen der Vereinsgesetze heraufstiegen. In den letzten Jahren haben sich die Behörden einer größeren Zurückhaltung befleißigt; aber auch jetzt kommt es noch vor, daß übertriebene Mißbräuche und Mißverständnisse auf Staatsbehörden einwirken, ihre Vollmachten auch den christlichen Gewerkschaften nicht zur Abhaltung von Versammlungen zu überlassen. Verschiedentlich wurden dann Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet oder nach anderen Orten verlegt und die Arbeiter dort zusammengezogen, so daß die Sachinhaber bald merkten, daß sie bei dieser Praxis die geschädigte Teil sind und — nachgeben. — In Oberschlesien werden trotz aller gegenteiligen Bekundungen beim Sprachentkommen des Reichsvereinsgesetzes, wonach der Sprachparagraf nur bei politischen Versammlungen angewendet werden solle, die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre mit Strafmandaten über Strafmandaten bedacht, wenn in den von ihnen einberufenen Versammlungen neben der deutschen auch die polnische Sprache gebraucht wird. In letzter Zeit sind selbst Strafen von 45 und 60 Mark verhängt worden. Bei Weiterverfolgung dieser Praxis wird schließlich im kommenden Herbst im Reichstage eine parlamentarische Klarstellung herbeigeführt werden müssen.

Dort, wo die Unternehmer nicht mehr auf behördlichen Schutz gegen das Eindringen der christlichen Gewerkschaften rechnen können, verlegen sie sich verstärkt auf die „Selbsthilfe“. In der Keramik-, Papier-, Textil-, schweren Eisenindustrie etc. sind in den Jahren abwärtsgehender Konjunktur Maßregelungen der Vertrauensleute der Arbeiter in großer Zahl vorgenommen worden. Dabei wurde vereinzelt nicht einmal haltgemacht bei Arbeitern, die schon 25 und mehr Jahre in dem betreffenden Betrieb tätig waren. Wenn die Arbeiter der genannten Industrien nunmehr bei der aufsteigenden Konjunktur aus ihren Erfahrungen während der letzten Jahre die richtige Lehre ziehen, hat das Verhalten der Arbeitgeber dennoch schließlich nur Vorteilhafte für die Arbeiter bewirkt.

Der Bericht weist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der sachlichen Weiterbildung hin. Teilweise veranstalteten Zahlreichen besondere Lehrcurse, während anderwärts die jüngeren Mitglieder zum Besuch von bezüglichen Veranstaltungen animiert werden. In dem Jahresbericht einer Zahlstelle des christlichen Lederarbeiterverbandes wird mit Recht ausgeführt:

„Deshalb soll für alle Kollegen gelten, daß sie sich die fachliche Ausbildung in ihrem Berufe besonders angelegen sein lassen, denn ein tüchtiger Arbeiter wird immer einem nicht so im Berufe bewanderten vorgezogen. Gerade auf diesen Punkt müssen und wollen wir in unserem Jahresbericht hinweisen, damit die jüngeren Kollegen wissen, was sie tun müssen. Wir machen im gewerkschaftlichen Leben sehr oft die Erfahrung, daß wirtschaftliche Vorteile, wie Lohnverbesserungen und dergleichen, viel eher durchzuführen sind, wenn eine in fachlicher Beziehung tüchtige Arbeiterschaft dahintersteht.“

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat für seinen diesjährigen Verbandstag einen Vortrag über: „Die kunstgewerbliche Entwicklung im Holzgewerbe“ vorgesehen.

Schlußbemerkungen.

Eine nicht sehr günstige Periode für die Gewerkschaftsbewegung liegt nun hinter ihr; die folgenden Jahre dürften, wenn nicht alles trügt, die gewerkschaftlichen Organisationen wieder um ein bedeutendes Stück vorwärts bringen. Inwieweit die christlichen Gewerkschaften an diesen Fortschritten beteiligt sein werden, das hängt vor allem von deren Funktionäre und Mitgliedern ab.

Mit dem Berichtsjahre haben die christlichen Gewerkschaften das erste Jahrzehnt ihrer Tätigkeit abgeschlossen. Die ersten Schritte zu christlichen Berufsorganisationen liegen zwar schon 16 Jahre zurück, allein von einer eigentlichen christlichen Gewerkschaftsbewegung kann erst seit dem Jahre 1899, seit dem 1. Kongreß der christl. Gewerkschaften in Mainz gesprochen werden. Bei dieser Veranstaltung wurden erst einheitliche Grundsätze und Richtlinien aufgestellt und

von Beginn an bis zur Periode der Sammlung und organisatorischen Zusammenfassung derjenigen Gruppen, die sich vorher ziemlich ziel- und planlos in Orts- und Bezirksorganisationen sowie allgemeinen Arbeiterkühnverbänden zusammengefounden hatten. Daß seit 1899 im christlichen Gewerkschaftslager Deutschlands nicht vergeblich und erfolglos gearbeitet wurde, ist gelegentlich des Kölner Kongresses der christlichen Gewerkschaften im verflochtenen Jahre, bei welchem ein zehnjähriger Rückblick veranstaltet wurde, allseitig anerkannt worden. Die „Soziale Praxis“ (Nr. 14, 09) sagte bei dieser Gelegenheit:

„Auf ein zehnjähriges Bestehen der Gesamtorganisation konnten die christlichen Gewerkschaften auf ihrer diesjährigen Tagung, die vom 18. bis 21. Juli in Köln vor sich ging, zurückblicken. Welch achtunggebietendes Wachstum und Reife seit dem ersten Kongress in Mainz im Jahre 1899. Ein gewerkschaftliches Erstarken, gleichmäßig nach unten und nach außen, bedeutet diese zehnjährige Entwicklungsperiode der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Mögen sie sich auch noch bescheiden neben dem Riesen der freien Gewerkschaftsorganisationen auszeichnen: durch ihre geographische Konzentration, durch die gründliche organisatorische und sozialpolitische Schulung ihrer Führer und die systematische, eifrige Arbeit des großen Beamtenapparates und die christlichen Gewerkschaften in vielen Gewerben und Gauen Deutschlands heute bereits eine soziale Macht geworden, die von dem Unternehmertum als eine vollberechtigte, verhandlungsfähige Arbeitervertretung wohl oder übel anerkannt wird.“

In der Tat hinterläßt der Kongress bei Freunden und Feinden der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Eindruck, daß hier junge Lebenskraft und klare soziale Einsicht zu fruchtbarer, stetiger und erfolgreichender Wirksamkeit vereint sind.“

Auch das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ (Nr. 170 09), der allerdings noch vieles an den christlichen Gewerkschaften auszusetzen hat, mußte zugeben, daß die christlichen Gewerkschaften „Erfolge erzielt haben — mehr als die Gegner damals gedacht — ... sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände ... im Aufbau und den Finanzen leidlich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbände.“ Und das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ (Nr. 32, 09) schrieb bei dem gleichen Anlaß über die christlichen Gewerkschaften:

„Stehen sie auch noch bedeutend hinter unseren Gewerkschaften an Leistungen zurück, so verringert sich doch die Lücke von Jahr zu Jahr. ... Sie verfügen über einen ansehnlichen Etat geschulter Beamten und Arbeitersekretäre: ihre Presse und Literatur entwickelt sich zusehender und die Unterweisung des Volksvereins für das katholische Deutschland zu M. Gladbach sind auf das geistige Niveau der Bewegung nicht ohne Einfluß. Alles dies weist darauf hin, die christliche Gewerkschaftsorganisation als ersten Faktor auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung zu werten.“

Auf dem im ersten Jahrzehnt gewonnenen Position muß jetzt, wo das deutsche Wirtschaftsleben im Begriffe steht, sich wieder zu konsolidieren, mit Nachdruck weiter gearbeitet werden. Die christlichen Gewerkschaften stellen zweifellos keine aufgewappelte Organisationsgruppe dar, sie mußten sich durchsetzen sowohl gegenüber der scharfmacherischen Richtung im Unternehmertum, wie gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, den kath. Fachabteilungen und den mit letzteren verwandten gelben Gewerkschaften. Sowohl die Scharfmacher wie auch die katholischen Fachabteilungen und die gelben Gewerkschaften haben zeitweise geglaubt, ihre Pfeile scharfer gegen die christlichen Gewerkschaften richten zu sollen, wie selbst gegen die sozialdemokratische Bewegung, aber nicht mit dem gewünschten Erfolg. In diesem Kampfe sind unserer Bewegung eine Anzahl Kämpfernaturen entstanden, die auch konzentrische Angriffe abzuwehren gelernt haben. Schließlich hat der unausgesetzte Kampf nach den verschiedenen Richtungen nur bewirkt, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zwischen Mitgliedern und leitenden Instanzen sich ein unerschütterliches Vertrauensverhältnis herausgebildet hat. Möge es so bleiben und insbesondere die Zahl der organisatorischen und agitatorischen Mitarbeiter sich in den folgenden Jahren unangeseht vergrößern, und der christliche Gewerkschaftsgedanke wird sich weiter durchsetzen: Den Anhängern zum Auf, den Gegnern zum Trub.
Köln, 20. Juni 1910. A. Stegerwald.

Gewerkschaftliches.

Der Friede im Baugewerbe

ist im allgemeinen endgültig gesichert. Die Ablehnung gegen die Annahme der Schiedsprüche in verschiedenen Städten war nur wie ein vereinzelter Donnerrollen nach dem Gewittersturm. Die Arbeiterorganisationsleitungen in sämtlichen Richtungen sind mit ihrer ganzen Autorität wie mit den statutorischen Bestimmungen für die Wiederaufnahme der Arbeit eingetreten, sodaß vereinzelte Disziplinbrüche den allgemeinen Friedensschluß und Erfolg des Kampfes nicht in Frage stellen konnten. Denn ein Erfolg ist es, ein bedeutungsvoller Sieg, den die Bauarbeiter in diesem großen Ringen erzielt haben. Die Arbeiter des Baugewerbes haben heute Verhältnisse, um die sie besonders die Metallarbeiter und auch die Arbeiter anderer Großindustrien beneiden können, weil sie noch weit, sehr weit von diesem Zustand befreit sind. Abschluß des Arbeitsvertrages entfernt sind. Bedauerlich ist, wenn dies von vielen Bauarbeitern selbst nicht eingesehen und anerkannt wird. Die Arbeiterkühnverbände, wie die der „Arbeiter“ München betreffend in einem Rückblick auf die Bewegung, ist in diesem Kampfe in allen prinzipiellen Fragen Sieger geblieben. Es wurden auch an vielen Orten noch direkte Erfolge, wie Arbeitszeitverkürzung oder keine Stundenlohn erhöhungen herausgeholt.

Ohne zu hoch zu greifen, darf gesagt werden, daß für rund 400 000 Bauarbeiter innerhalb drei Jahren eine Stundenlohn erhöhungen von 5 Pfg. eintritt. Das bedeutet nach einer Berechnung der „Baugewerkschaft“, des Organs der christlichen Bauarbeiter, für den einzelnen allein im dritten Jahre bei 2400 Arbeitsstunden eine Erhöhung des Jahreseinkommens von 120 Mark. Aber auch für die ersten zwei Jahre kommt schon eine, wenn auch im ersten Jahre noch bescheidene Lohnaufbesserung in Betracht. Von größerer Bedeutung sind indes die prinzipiellen Erfolge: der gefürchtete Arbeitgebererwerb nach dem mit seinen möglichen schweren Begleiterscheinungen für die Arbeiterschaft (Schwarze Listen usw.) ist gefallen. Und vor allem: die Gleichberechtigung der Arbeiter im Tarifvertrag ist anerkannt. Mußte freilich erkämpft werden. Das gerade ist es aber, was diesen Kampf für die gesamte Arbeiterschaft so außerordentlich bedeutungsvoll und lehrreich macht. Und für diesen mutvollen Widerstand der organisierten Bauarbeiter kann deshalb auch die gesamte Arbeiterschaft nicht dankbar genug sein. Er hat Klären gewirkt, wenngleich uns ähnliche Kämpfe nicht ganz erspart bleiben werden. Boreist noch, wo alles in Fluß ist in der Bewegung, auch gar nicht erspart bleiben können.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands

hielt in den Tagen vom 30. Juni bis 2. Juli in Münster in Westf. seine 6. Generalversammlung ab. Aus dem gedruckt vorliegenden und vom Vorsitzenden Kutschke erläuterten Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß eine rührige und erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit entfaltet worden ist. Trotz der auch im Holzgewerbe stark wirkenden Krise stieg die Mitgliederzahl von 11 295 auf 11 312. Der Geschäftsbericht bringt ausführliche statistische Angaben über das Alter und die Mitgliedschaftsdauer der Mitglieder.

Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 741 902,28 Mk. Die Abrechnung der Vorkassen weist eine Bilanzsumme von 195 864,81 Mk. auf. Die Einnahmen pro Mitglied und Jahr (1908: 27,45 Mk.; 1909: 28,27 Mk.) haben sich gehoben. Indes sind die Ausgaben pro Jahr und Mitglied ebenso stark, wenn nicht stärker gestiegen, (1908: 21,66 Mk.; 1909: 23,48 Mk.) Am Schlusse des Jahres 1909 betrug das Verbandsvermögen insgesamt 315 703,92 Mk.; auf den Kopf jedes Mitgliedes berechnet 27,90 Mk.

Die Agitation erforderte 50 108,76 Mk.; das Organ 37 404,96 Mk.; die Verwaltung 5 725 Mk.; Material und Sonstiges 108 186,70 Mk. An Unterstützung leistete der Verband folgenden: Reise-Unterstützung 13 999,71 Mk., Maßregelungs-Unterstützung 7 513,17 Mk., Streikunterstützung 128 159,25 Mk., Umzugunterstützung 4 123,52 Mk., Arbeitslosenunterstützung 59 284,10 Mk., Krankenunterstützung 66 108,33 Mk., Sterbegeld 5 217,50 Mk., Sonstige Unterstüttungen 5 257,75 Mk. Für Rechtschutz wurden gewährt 2110,53 Mk., sodaß die gesamten Aufwendungen für Unterstüttungen und Rechtschutz die Summe von 291 774,46 Mk. ausmachten.

Der Verband hat eine besondere, amtlich eingetragene Krankengeld-Zusatzklasse, die für die Mitglieder nicht obligatorisch ist. Die Kasse weist in der Einnahme die Summe von 42 822,46 Mk., in der Ausgabe die Summe von 41 170,98 Mk. auf. Das Vermögen der Kasse beläuft sich auf 3 201,48 Mk. Die Kasse zählt 630 Mitglieder in 49 Verwaltungsstellen.

Die Zahl der Lohnbewegungen belief sich, soweit die Geschäftsstelle des Verbandes davon unterrichtet war, auf 188. An den Lohnbewegungen waren 5141 Mitglieder beteiligt. 103 Bewegungen führten zu Streiks. Soweit es sich feststellen läßt, wurden durch die Lohnbewegungen und Streiks die Löhne der beteiligten Mitglieder um 323 234 Mark pro Jahr erhöht und die Arbeitszeit um 286 430 Stunden verkürzt.

Die Zahl der am Schlusse des Jahres 1909 bestehenden Tarifverträge, an denen der Verband beteiligt ist, belief sich auf 117, das sind 7 weniger als am Jahreschlusse 1907. Der Rückgang erklärt sich durch die Wirtschaftskrise, die es nicht überall ermöglichte, ablaufende Verträge zu erneuern.

In der Debatte zum Geschäftsbericht wurde dem Vorstand seitens der Delegierten vollste Anerkennung ausgesprochen und Entlastung erteilt. Der Verbandstag befaßte sich mit zwei wichtigen Fragen aus dem gewerkschaftlichen Leben: 1. Gesundheitliche Gefahren im Holzgewerbe und deren Bekämpfung, Referent Knebel-Oberfeld; 2. Die Arbeiterschaft und die künstlerische und technische Entwicklung des Holzgewerbes, Referent Herr Architekt Irner, Lehrer an der Tischler-Fachschule in Detmold. Erhebliche Statutenänderungen wurden vom Verbandstag nicht beschlossen. Als Verbandsvorsitzender wurde Kutschke in Köln einstimmig wiedergewählt, als zweiter Vorsitzender Stedem-Wälsfeldorf. Der Verbandstag der Holzarbeiter nahm in allem einen schönen Verlauf und gibt die Gewähr, daß der Verband in Zukunft eine weitere günstige Entwicklung nehmen wird.

Die erste Tagung des Haupttarifamtes für das deutsche Malergewerbe.

Es war vorauszu sehen, daß der am 16. Jan. ds. J. ir Kraft getretene Reichstaxi für das deutsche Malergewerbe bei seiner Durchführung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen würde. Die vertragsschließenden Organisationen schufen sich deshalb Schlichtungsinstanzen, welche nach ihrem jeweiligen Geltungsbereich als Orts- bzw. Gewerkschaftsämter bezeichnet werden. Solche Ortsämter bestehen z. B. 189, denen 7 Gewerkschaftsämter in den verschiedenen Landesstellen übergeordnet sind. Letztere wirken als Berufungsgericht in den Fällen, wo Entscheidungen der örtlichen Tarifämter nicht anerkannt werden. Neben diesen Schlichtungsinstanzen steht als oberstes das Haupt-

tarifamt in Berlin, das von den Herren Geheimrat Regierungsrat Dr. Wiedfeld, Gerichtsrat Dr. Brenner und Magistratsrat v. Schulz als Unparteilichen geleitet wird.

Die erste Tagung dieses Haupttarifamtes hat nun stattgefunden und manches Bemerkenswerte, allgemein Interessierende gezeitigt. Neben wichtigen Fachfragen wurde vor allem die Frage der Zugehörigkeit der in der Minderheit befindlichen christlichen und Hirsch-Lunderischen Gehilfen-Organisationen zu den Tarifämtern geklärt. Dabei kam klar zum Ausdruck, daß der christliche Malerverband von allen Seiten als unbedingt tarifreu anerkannt und demgemäß gern als tariffördernder Faktor herangezogen wird.

Auch die Frage der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen wurde der Lösung näher gebracht. Aus der Stellungnahme der Vertreter des christlichen Malerverbandes ist hervorzuheben, daß die tüchtigste Förderung dieser Angelegenheit gewünscht und verlangt wird, daß die Arbeitsnachweise zwecks Wahrung wirklicher Parität an die kommunalen Arbeitsämter als Facharbeitsnachweise angegliedert werden sollen. Die vom 28. Juni bis 2. Juli stattgefundenen Vorlandlungen haben gezeigt, daß man sich im Malergewerbe auf dem besten Wege befindet, die friedensstiftende Wirkung des Tarifvertrages voll und ganz nutzbar zu machen.

Ein Tarifvertrag für zirka 1000 Steinarbeiter

wurde am 1. Juli zwischen dem Verein Basaltfabriken Werke von Wagnen und Umgebung, und dem Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter, sowie der Fachabteilung der Stein-, Ton- und Erdarbeiter abgeschlossen. Die wesentlichen Vertragsbedingungen sind: Regelung der Arbeitszeit, Einschränkung der in jenem Gebiet so sehr verbreitete Überarbeit, Festsetzung der Akkordlöhne für Steinhauer in einen umfangreichen Akkordtarif, der eine Lohnerhöhung von 5 Prozent brachte. Für Tagelöhner und Steinbrecher konnte eine Lohnerhöhung nicht durchgeführt werden, jedoch wurde vertraglich festgelegt, daß die derzeitige gezahlten Löhne dieser Arbeiter während der dreimonatlichen Vertragsdauer nicht reduziert werden dürfen. Des weiteren wurde festgelegt, daß nach 2 Monate die gemeinsame Tarifkommission neu zusammensitzet, um eine Verlängerung des Vertrages und eine weitere Lohnerhöhung für alle Arbeiter vorzunehmen, sofern bis dahin eine Besserung der Konjunktur zu verzeichnen ist. Der Vertrag erstreckt sich auf 181 Firmen, die insgesamt zirka 3000 Arbeiter beschäftigen. Von letzteren sind zur Zeit zirka 700 christlich und ca. 300 in der Fachabteilung organisiert und nur für diese haben die Vertragsbedingungen Geltung.

Tarifverträge und Arbeitsordnungen.

Ueber die Sicherung der Tarifverträge durch Aufnahme derselben in die Arbeitsordnungen wissen die eben erschienenen „Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für 1909“ einige interessante Mitteilungen zu machen. Es heißt hier (S. 66):

Die Bedeutung der Aufnahme solcher Bestimmungen in die Arbeitsordnung, die nur auf dem Wege mühevoller Verhandlungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zustande gekommen sind, ist nicht zu verkennen. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Willkürlichkeiten in der Einhaltung des Vertrags erschwert sind, daß die Mängel des Tarifvertrages, dessen Geltungsbereich immer zweifelhaft ist, beseitigt sind, indem kraft gesetzlicher Vorschrift die in die Arbeitsordnung aufgenommenen Vereinbarungen nicht nur für diejenigen Personen gelten, die seinerzeit beim Zustandekommen des Vertrags mitgewirkt haben, sondern für alle Arbeiter bindend sind, welche in dem betreffenden Betrieb in Stellung treten. In dem Maße, als dieser Vorgang Nachahmung findet, gewinnt die Arbeitsordnung an Bedeutung und Interesse für die Arbeiter. In der Arbeitsordnung hat der Gesetzgeber den Rahmen auch für die Tarifverträge gelegt, wobei dahingestellt bleiben soll, ob und inwieweit die Förderung dieser neuesten Form der Festlegung der Arbeitsbedingungen beabsichtigt gewesen ist. Tatsache ist, daß große Unternehmerverbände einheitliche Formulare für die Arbeitsordnung an ihre Mitglieder ausgeben, und daß sie hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und sonstiger, wichtiger Vertragsbestimmungen den einzelnen Mitgliedern des Verbandes nur noch eine bescheidene Bewegungsfreiheit lassen. Für die Arbeiter ist es nahelegend, diese zentrale Regelung aufzugreifen und auch ihrerseits zu verlangen, daß in Betrieben derselben Art auch die Arbeitsbedingungen nach Form und Inhalt einheitlich geregelt werden.

Ob die Anregung in der Praxis durchführbar ist, obwohl wir für heute nicht untersuchen, jedenfalls werden die Gewerkschafter nicht umhin können, derselben Beachtung zu schenken.

Brannenvergütung ohne Ende.

Wie die Sache das managen, so kann „Eig Berlin“ das denunzieren nicht lassen. Die Mahnung Bismarcks zur Wägung der Kampfformen und seine Anerkennung des Verhaltens der christlichen Bauarbeiter (siehe vorig. Nummer) gibt dem Berliner „Arbeiter“ Anlaß, von einer „Abhängigkeit, ja geradezu Sörigkeit des christlich-interkonfessionellen Bauarbeiterverbandes vom sozialdemokratischen“ aufzule-

Das Berliner Fachabteilungsblatt nennt dann auch noch den christlichen Holzarbeiterverband, der mit den Sozialdemokraten in einer Bewegung gegen die Fachabteilung vorgegangen ist und ruft dann mit der bekannten Phrasenformel aus:

„Nub so etwas nennt sich alsdann „Kampf gegen die Sozialdemokratie!““

Das ist „Sitz Berlin“, schreibt die „Baugewerkschaft“ als Antwort darauf und fährt fort: „Aus solchen „Blüten“ jagt er seinen „Sonig“. Wo das Denunziantengeschäft zur zweiten Natur geworden ist, kann nichts anderes erwartet werden. Gewiß, wir haben mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsam gearbeitet, und warum? Lassen wir darüber den „Arbeiter“ von „Sitz Berlin“ selber reden. Er schreibt in seiner Nr. 15 vom 10. April über die Anträge des Arbeitgeberbundes:

„Das also ist die Unterlage zu neuen Tarifverträgen, durch deren Annahme allein der Friede im deutschen Baugewerbe gesichert werden soll. Jedem Einsichtigen muß ohne weiteres auffallen, daß die obengenannten Hauptdifferenzpunkte, falls sie angenommen werden, für die Arbeiter erhebliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen bringen. Deshalb ist es begreiflich, wenn sich die deutsche Bauarbeiterchaft gegen derartige Zumutungen der Arbeitgeber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wehrt.“

Na, das haben wir getan. Und da die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch hier nichts anderes wollten, wir, und wie auch hier ersichtlich, „Sitz Berlin“ daher ein gemeinschaftliches Verhalten verantworten konnten, deshalb haben wir mit jenen zusammengearbeitet. Nur daß wir uns treugeblieben sind und gegen jede Verschlechterung konsequent ankämpften, während „Sitz Berlin“ den Bauarbeitern allerorts, wo er mit einigen Fachabteilungsmitgliedern in Frage kam, jämmerlich in den Rücken fiel. Wir werden unsere Aufklärung darüber noch machen.

Bümelburg hat recht, wenn er bei einem Zusammengehen Offenheit und Ehrlichkeit fordert. Wenn man mit jemand ein Bündnis zu einem bestimmten Zweck abschließt, muß dieser auch bündnistreue sein. „Sitz Berlin“ ist das nicht. Hintertätigkeit und Denunziantentum ist ihm zur zweiten Natur geworden. Damit ist ein Zusammenarbeiten nicht möglich. Im übrigen bleibt unsere Stellung gegenüber der Sozialdemokratie die gleiche. Sie bekämpft in erster Linie uns und sie weiß warum. Wären wir nicht da, hätten die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände das Tarifmonopol erreicht, denn Fachabteilungen, die den christlich gesinnten Bauarbeitern ihre Rechte sichern sollten, gibt es ja gar nicht. Selbst wenn man mit der Laterne sucht, findet man keine solche. Oder ist mit etwa 300 Fachabteilern im gesamten Baugewerbe Deutschlands das Vaterland zu retten? Wenn Lächerlichkeit tötet, dann hier.“

Corveit die Abfertigung der Berliner Brunnenvergifter in der „Baugewerkschaft“. Die Fachabteilungsleiter von „Sitz Berlin“ können bald nichts mehr wie zerkleinern, niederreißen, wo andere aufbauen. In der politischen Bewegung der Katholiken sind sie die Verneiner, die hinter den Kulissen die Quertreiberei und das Denunziantentum in Permanenz betreiben. Beweis: Die Schopen-Witter-Roeren-Geschichte. — Katholische Blätter und Zeitschriften, die von den „Berliner“ über nichts wissen wollen, werden als der Ägyperei hinreichend verdächtig hingestellt und gehässig bekämpft. — Die verdienten Führer des Volksvereins für das kath. Deutschland und ihre erfolgreiche Arbeit werden auf dem Weg der Hintertreppenpolitik verdächtigt und ihrer Arbeit die größten Hindernisse bereitet.

Herr Dr. Sonnenschein hat unter vielen Mühen und nach Überwindung großer Schwierigkeiten eine soziale Studentenbewegung ins Leben gerufen, um die heranwachsenden Akademiker mit sozialem Geist zu erfüllen und in lebendige Fühlung mit den breiten Volksmassen zu bringen. Flugs fallen ihm die Berliner Februartreter in den Arm, schreiben Artikel und Broschüren gegen ihn, worin seine Arbeit bekämpft und Dr. Sonnenschein als „Modernist“ verdächtigt wird. — Was die „Berliner“ an der christlichen Arbeiterchaft Deutschlands gesündigt haben, bedarf an dieser Stelle keiner längeren Darlegung.

Der ganze innere Mensch muß sich ob dieser Zerkleinerungsarbeit der Berliner Richtung empören. Wie lange werden die ehrlich denkenden Katholiken diese verhängnisvolle Wühlarbeit noch ansehen? Wenn aus andern Kreisen kein Wandel geschaffen werden kann, dann sollten die rechtsdenkenden katholischen Arbeiter einmal wie ein Mann aufstehen und der von „Sitz Berlin“ betriebenen Brunnenvergiftung ein lautstarkes Halt gebieten. Das Maß dürfte bald zum Überlaufen voll sein.

Ein dreister Agitationschwindel.

Kaum ist die Bewegung im Baugewerbe beendet, da setzt gegen die christliche Organisation seitens der „Genossen“ schon wieder das Mittel der Verleumdung ein. So wird seitens der letzteren an mehreren Orten das Gerücht verbreitet, der sozialdemokratische Verband hätte dem christlichen Verband zur Abwehr Geld geborgt, besonders seien die Mitglieder des christlichen Verbandes in den letzten 14 Tagen aus der sozialdemokratischen Verbandskasse unterstützt worden. Der „Grundstein“ (Nr. 28), das Organ des sozialdemokratischen Maurerverbandes, ist nun lokal genug, diese Gerüchte als jeder Begründung entbehrend zurückzuweisen. Daß aber solche Gerüchte überhaupt aufgenommen können, ist mehr als bezeichnend und ein Ausfluß des Hasses, den sonst die „freien“ Gewerkschaften in Hand mit der Sozialdemokratie gegen die christliche Organisation predigen!

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Menden l. W. Bei der Firma Theodor Klusenbid (Hofesamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordprelle Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Klempnern, Metallbildnern und Schleifern ist fernzuhalten.

Köln. Sämtliche Arbeiter der „Mauser Eisenwerke“ Bleckemhallogen Fabrik, in Köln Ehrenfeld stehen wegen fortgesetzten Lohnabzügen im Streik. Zugzug von Schloßern, Schmieden, Planierern, Stanzern, Schweißern und Werkzeugmachern sowie Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Sundern bei Arnsberg l. W. Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik.

Glödingen. Bei der Firma J. Duderstadt sind die Flaschner wegen Lohnhöhen in den Streik getreten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat seit dem 1. Juli sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt.

Offen. Ueber die Eisenhoh- und Brückenbau-A.-G. Union ist die Sperre verhängt worden.

Münsterberg. In der Traktorfabrik Lechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Offen-Rettwig. Ueber die Firma Gebrüder Ruhmann, Rettwig an der Ruhr, ist die Sperre verhängt.

Disberg. Die Former der Disberger Hütte stehen wegen Lohnhöhen im Streik.

Dortmund-Lünen. Die Former der Firma Potthoff u. Flume stehen im Streik. Die Arbeiter der Lünen Hütte, Lünener Eisengießerei und der Hütte „Westfalia“ sind ausgesperrt.

Danzig. Bei der Firma Kirschberger in Ddra bei Danzig sind wegen Verzögerung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Kemscheid. Die Maschinenbauer und Hilfsarbeiter der Kemscheider Feilenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 17. Juli 1910 der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 24. Juli fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmeseine von allen dem Verbands beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuliefern. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die Ortsgruppen, welche bis jetzt noch nicht abgerechnet haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum Monatschluß die Abrechnung vom 2. Quartal eingekandt sein muß. Diejenigen Ortsgruppen, welche bis Monatschluß nicht abgerechnet haben, werden im Verbandsorgan veröffentlicht.

Zur Erinnerung an den Duisburger Verbandstag ist eine Festkarte in der beliebtesten Form einer Ansichtspostkarte hergestellt. Dieselbe zeigt in künstlerischem Buntdruck zwei vor dem Feuer arbeitende, von des Ofens Glut umleuchtete kräftige Metallarbeiter. Im Hintergrund umrahmt ein Konstruktionsbau, über Dampfmaschinen und Säwungsträgern hochgeführt, eine charakteristische Ansicht der Stadt Duisburg und ein Miniaturbild unsres Verbandsführers Wieber. — Von diesen Karten ist noch eine größere Zahl vorrätig. Dieselben können von den Ortsverwaltungen zum Preise von 7 Pf. pro Stück bezogen werden. Bestellungen sind an die Zentrale zu richten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bezirkskonferenz des Bezirks Hamburg.

Am Sonntag, den 26. Juni fand in Hamburg die diesjährige Bezirkskonferenz statt, welche vom Kollegen Schmidt-Kapenburg geleitet wurde. Vertreten waren 11 Ortsgruppen; nicht vertreten die Ortsgruppen Delmenhorst, Leer, Oldenburg und Nienburg. Hier muß in Zukunft Wandel geschafft werden; jede Ortsgruppe muß es möglich machen, einen Delegierten zu entsenden. — Seitens der Zentrale war Verbandsvorsitzender Kollege Wieber anwesend.

Aus dem Bezirksbericht, welcher vom Kollegen Hartmann erstattet wurde, sei folgendes in gedrängter Form wiedergegeben: Infolge der in der ersten Hälfte der Berichtsperiode, namentlich in Norddeutschland immer noch vorhandenen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mußte sich die gewerkschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen in bestimmten Grenzen halten. An Streiks bez. Aussperrungen war unser Verband in Delmenhorst und Hamburg beteiligt. In Danlage wurden bei der Firma Holtzhaus, Maschinenfabrik, erhebliche Lohnreduzierungen durch Vorstelligwerden des Bezirksleiters rückgängig gemacht.

Auf Veranlassung unserer Ortsgruppe Kiel reichte das dortige Kartell der christlichen Gewerkschaften eine Petition um Erhöhung der Löhne auf der Kaiserlichen Werft an den Bundesrat ein.

Hinsichtlich der Agitation ist, — namentlich von den größeren Ortsgruppen, — eine rege Tätigkeit entfaltet worden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig im Bezirk 638. An verschiedenen Orten sind seitens der Bezirksleitung die Vorarbeiten zur Gründung von neuen Ortsgruppen in die Wege geleitet worden.

Die Versammlungstätigkeit war im allgemeinen eine gute, wenn auch hier und da noch manches zu wünschen übrig bleibt. Den allgemeinen Bildungsbestrebungen wurde durch Abhaltung von Unterrichtskursen und Vertrieb von gewerkschaftlicher Literatur Rechnung getragen. In Bremen nahmen 11 unserer Kollegen an dem vom dortigen Väterlichen Volksverein veranstalteten Volkshochschulkursus teil.

Von seiten der gegnerischen Organisationen sind wir auch im verflochtenen Jahr mit den bekannten „Liebeswürdigkeiten“ bedacht worden. Der oft geführte Kampf der Gegner vermag aber nicht, die Treue und Arbeitsfreudigkeit unserer Kollegen zu erschüttern.

An U n t e r s t ü t z u n g e n wurden in der Berichtszeit ausbezahlt: bei Krankheit 4154,31 Mk.; bei Arbeitslosigkeit 2373,03 Mk.; bei Streiks 2167,28 Mk. Insgesamt sind mit den übrigen Unterstützungsarten den Mitgliedern 9496,62 Mk. wieder zugeslossen. Die Gesamteinnahmen betragen 19565,91 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 7141,74 Mk. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion.

Sodann referierte Kollege Schulte über „Die Aufgaben unserer Verbands-Generalversammlung“. An der Hand reichhaltigen statistischen Materials beleuchtete Referent namentlich das Unterstützungsweisen und forderte bez. einiger zuweilgehender Unterstützungsarten eine Umgestaltung derselben. An das Referat schloß sich ebenfalls eine Diskussion an, die lebhaft wirkte.

Hierauf ergriff Kollege Wieber das Wort. In großzügiger Weise gab er ein klares Bild über die künftigen Aufgaben. Seine erzieherischen und begeisternden Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Ueber Agitation und weitere Aufgaben im Bezirk hielt Kollege Hartmann einen instruktiven Vortrag. Dann folgte die Vorstandswahl. In der Bezirksvorstand wurden die Kollegen Lamberz, Kundermann, Schulte, Feldt und Drostens gewählt.

Nachdem Kollege Wieber in markigen Worten zu intensiver literarischer Arbeit ermahnt hatte, schloß der Vorsitzende Kollege Schmitt mit einem Hoch auf den Verband die schön verlaufene Konferenz. Mögen nunmehr die Anregungen der Konferenz in den Ortsgruppen praktische Durchführung erfahren. Kollegen im Bezirk Hamburg: unsere Parole heißt: Alle Mann an Bord.

Dortmund. (Weil es der Aufsichtsrat wünscht!) Was vom Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betriebskrankenkassen übrig bleibt, zeigt wieder mal folgendes Vorkommnis, dessen genaue Kenntnis wir einer zufälligen guten Beziehung verdanken. Die Betriebskrankenkasse der Maschinenfabrik Baum, Akt.-Ges. in Herne, stand seit Jahren in einem Vertragsverhältnis mit einem dort ansässigen Zahnarzt, bis Mitte April dieses Jahres die Kündigung von dem nunmehr verstorbenen Direktor der Firma Baum erfolgte, wonach der Vertrag mit dem 15. Juli dieses Jahres abläuft. Waren etwa Beschwerden über schlechte ärztliche Behandlung eingelaufen oder lagen sonstige Differenzen vor? Nichts von alledem. Vielmehr hatte der Sohn einen hochachtbaren Beamten einer größeren Wagnere Maschinenbauanstalt als Zahntechniker niedergelassen. Ein einflussreicher Mitarbeiter der hiesigen Firma, dessen Namen mit im Firmenbuch steht, ist gleichzeitig einflussreicher Aktieninhaber der Herner Maschinenfabrik und ebenfalls ist ein in der Finanzwelt als fast allmächtig bekannter Herr Kommerzienrat im Aufsichtsrat beider Firmen. Geruht, es wird der Direktion der Maschinenfabrik Baum von einflussreichen Aufsichtsratsmitgliedern zu verstehen gegeben, daß mit dem Herrn Zahnarzt Schluß zu machen sei zugunsten des hochgeborenen Herrn Zahn-technikers. Prompt erfolgte die Vertragskündigung an den

Nachmittag und die Unterzeichnung eines neuen Vertrages mit dem Fabrikbesitzer.

Da wir einigermaßen gespannt sein dürfen, was denn die 2/3 der Beiträger zahlenden Klassenmitglieder zu dieser Verschlechterung sagen würden, geben wir uns die Mühe, Erklärungen einzuzufordern. Das Resultat bestätigte voll und ganz unsere Ahnungen. Bis dato haben die Klassenmitglieder überhaupt noch keine Kenntnis von diesen Maßnahmen, trotzdem nach dem Klassenstatut im April eine Generalversammlung hätte stattfinden müssen.

Und der Vorstand? Was genau so klug wie die übrigen Klassenmitglieder auch, das heißt: obwohl nach dem Klassenstatut Beiträge nur vom Vorsitzenden nebst zwei Beisitzern abgefordert werden können, hat es die Direktion nicht einmal für notwendig gehalten, den von den Klassenmitgliedern gewählten Vorstandsmittgliedern von den Maßnahmen Mitteilung zu machen. Vorstand und Klassenmitglieder haben sich einfach mit dieser Verschlechterung abgefunden, so will es zwar nicht das Gesetz, aber die Macht haben in den Betriebskrankenkassen. Nur eine straff organisierte Arbeiterschaft kann sich auch bei den Betriebskrankenkassen das gesetzlich gewährleistete Mitbestimmungsrecht wahren. Vielleicht läßt dieses Vorkommnis mit dazu bei, daß auch die Arbeiter der Maschinenfabrik Baum und auch anderwärts die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkennen. Wenn nicht, werden auch in Zukunft die Betriebskrankenkassen nicht so verwaltet werden, wie es das Interesse der Arbeiter erfordert, sondern wie es der Aufsichtsrat oder andere einflussreiche Herren wünschen.

Benrath. Sonderbare Agitationspraktiken betreibt in letzter Zeit am hiesigen Ort der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. In einer Reihe von Betriebs-Werkstattversammlungen, zu der alle Arbeiter der betr. Werke eingeladen waren, sollten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen werden. Von geeigneten Maßnahmen zur Besserung und Regelung der Arbeitsverhältnisse war in keiner Versammlung die Rede. Unseren Vertreter hat man aus bestimmten Gründen das Wort nicht gegeben. Man würde, so führte der Genosse Spiegel in der Versammlung der Benrath Maschinenfabrik aus, es sich überlegen, nächstes mit den übrigen Organisationen zu tagen und zu beraten. Wie gnädig! Nein, dazu ist uns die Zeit zu kostbar und die Interessenvertretung der Arbeiter zu ernst, um nach der guten oder schlechten Laune gewisser Genossen großen Gewerkschaftsspielerei zu treiben.

Ein von der Ortsverwaltung Düsseldorf des christlichen Metallarbeiterverbandes herausgegebenes Flugblatt hat es den Genossen angetan. Es wird in demselben auf den alten Einwurf der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Unternehmer organisieren sich nicht in christlichen Organisationen, ergo sind auch keine christlichen Gewerkschaften notwendig, in treffender und streng sachlicher Weise eine kurze klare Antwort gegeben. Zum Schluß werden die Jahresabrechnungen der beiden Verbände zusammengestellt. Daß diese Gegenüberstellung den Herren von der roten Kontour un bequem ist, ist zu verstehen, da dieselben mit ihren großen Mitgliederzahlen und gewaltigen Jahreserträgen prahlen. Darum ihre Wut und das Geschimpfe auf das Flugblatt. Ein Zeichen, daß es ins Schwarze getroffen hat. Es ist gewiß ein starkes Stück in den Werkstattversammlungen vom Eisenwerk Metsholz von dem „Sieg“ von Bielefeld zu reden und die Christlichen als Mitsabteiler hinzustellen. In Wirklichkeit weiß jeder, daß die Sozialdemokraten dort eine empfindliche Niederlage erlitten haben. Ein Kollege hat aber in der betr. Versammlung den „Sieg“ von Bielefeld auf seinen wahren Wert zurückgeführt und den Prahlhans zum Schweigen gebracht. So muß es überall geschehen.

Da bekanntlich „freie“ Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei eins sind, darf in den Werkstattversammlungen die Propaganda für die Partei nicht fehlen. Es wurde auch hier tüchtige Vorarbeit für die kommenden Wahlen geleistet. Reichsfinanzreform, Lebensmittelverteuerung waren die Schlagworte. Aber auch zum Kapitel „Neutralität“ liefert der in der Versammlung zur Verteilung kommende Aufnahmeschein ein markantes Beispiel. Es heißt dort für Düsseldorf (auch Benrath) wird zur Errichtung eines Volkshauses, wohlgerneht eines sozialdemokratischen, ein Lokalzuschlag von 5 Pfg. pro Woche erhoben. In den Versammlungen wird aber gesagt, der „freie“ sozialdemokratische Metallarbeiterverband läßt jedem seine religiöse und politische Überzeugung. Nur das Geld nicht, müßte es heißen. Da wären ja die christlich gesinnten Metallarbeiter ihre eigenen Totengräber, wollten sie ihr Geld für solche Zwecke hergeben und dort Anschluß suchen. Das dem nicht so ist, beweist die stete Aufsichtsbewegung unserer Ortsverwaltung Düsseldorf.

Auch in Benrath regt es sich. Unseren christl. Metallarbeitern von Benrath ruft wir zu, arbeitet und agitiert für den christl. Metallarbeiterverband, damit den Genossen ihre Agitationspraktiken unmöglich werden.

Willingen (Kreis Rees). Schon jetzt Jahren wurde von einigen Kollegen aus unserer Nachbarschaft Iffenburg und Anholt versucht, auch hier die christlichen Gewerkschaften einzuführen. Leider war es bis jetzt nicht möglich. Nachdem aber am ganzen Niederrhein die christlichen Gewerkschaften in der ersten Hälfte des Jahres 1910 bedeutende Fortschritte gemacht, ist es nunmehr auch gelungen, den christlichen Metallarbeiterverband hier einzuführen. Am Sonntag, den 28. Juni, fand im Lokale des Herrn Böder eine Besprechung statt. Nach einem Vortrage des Kollegen Franz über Wesen, Ziel und Zweck des christlichen Metallarbeiterverbandes schlossen sich gleich 48 Kollegen dem Verbands an. Am Sonntag, den 3. Juli, fand im selben Lokale die erste Mitgliederversammlung statt. Nach einem Vortrage des Kollegen Franz über: „Wie ist eine Hebung des arbeitenden Standes möglich?“ wurde der Vorstand und 5 Vertrauensmänner gewählt. Die gewählten Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Bahnhalle nach innen und außen zu reinigen und auszubauen. Und nun Kollegen von Empel, Wehlungen, Willingen, Bienen und Neeghen, tretet Mann für Mann dem Verbands bei. Euch zum Ruh, den Gegnern zum Traß.

Soziales.

Sozialdemokratische „Musterverträge“ für Krankenkassenbeamten.

Wie es mitunter in der sozialdemokratischen Wurstküche zugeht, davon gibt folgender Bericht über eine Sitzung der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung ein wenig erbauliches Bild. Bei dem Kapitel, das von der Anstellung der Beamten der Krankenkassen handelt, wandte sich ein konservativer Abgeordneter mit großer Schärfe gegen einen zwischen der sozialdemokratischen Organisation der Bureauangestellten und dem Verbands der sozialdemokratischen Ortsklassen Deutschlands vereinbarten „Mustervertrag“. Danach wäre die Kündigung eines Kassenangestellten nur möglich, wenn er sich an dem Vermögen der Kasse vergriffen habe. Wäre ein solcher Beamter wegen anderer Verfehle zu hoher Gefängnis- oder Zuchthausstrafe verurteilt worden, so könne ihm nicht gekündigt werden. Solche Verträge zur Sicherung sozialdemokratischer Kassenbeamten seien so trivial, daß sie annulliert werden müßten. Das solle im Einleitungsbescheid stehen.

Ministerialdirektor Caspar teilte mit, daß dem Reichsamt des Innern eine Anzahl solcher Verträge bekannt seien, auf welche der konservative Redner hingewiesen habe. (Lebhaftes Gähnen, hört!) Es handle sich um geschlossene oder um mit Mißhe verhandelte Verträge ähnlichen Inhalts. Im Hinblick darauf ersuche er um Annahme der Regierungsvorlage.

Ein Sozialdemokrat suchte die angezogenen Verträge als harmlos hinzustellen. Seit 1908 sei übrigens ein solcher Vertrag nicht mehr abgeschlossen worden. Es sei nötig, die Beamten zu sichern. Manche Arbeiter, die über ihre Anstellung zu beschließen hätten, seien der Meinung, daß, wenn es den Beamten besser gehe, als ihnen, den Arbeitern, es jenen übermäßig wohl ergehe.

Ministerialdirektor Caspar bestritt die ersten Ausführungen des Vorredners. Aus Anhalt und Stettin sei berichtet worden, daß nach Ende 1908 solche Verträge in Gültigkeit gewesen, also die Sache nicht veraltet sei.

Die Kommission verlangte durch Mehrheitsbeschluß die Vorlegung der Verträge mit den dazu ergangenen gerichtlichen Entscheidungen.

Daß die „Genossen“ das von ihrer Reichstagsfraktion abgelehnte Krankentaggelgesetz in der schlimmsten Weise für ihre Parteizwecke ausnützten, ist bekannt. In einigen Fällen ist eine geradezu skandalöse Wirtschaft getrieben worden. Es sind Beamte angestellt worden, die kaum der deutschen Sprache mächtig, für einen Beamtenposten total unbrauchbar waren. Wenn sie nur ein großes Mundwerk hatten und das in Rabulismus sehr schön abhandeln konnten. Das war des Qualifikationsbeweises genug.

Mit solchen Manipulationen werden den Sozialmachern nur Waffen in die Hände geliefert, um das Selbstverwaltungsrecht in der Arbeiterversicherung zu bekämpfen und zu beschneiden. Die Arbeiter im allgemeinen haben also den Schaden von diesen sozialdemokratischen Übergriffen zu tragen. Das muß auch jetzt festgehalten werden, wenn bei der Reichsversicherungsordnung Verschlechterungen eintreten sollten.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse.

Monat Juni.

- Mürnberg 200 Mark; Bippstadt 63; Thale a. S. 22;
- Göppingen 108,70; Reiffe 66,60; Ulmerg 170; Freiburg 22;
- Frankfurt a. M. 31,10; Berlin 200; Dülken 18,25; Finnetrop 12,50; Mittling 10; Peine 69,13; Fülmen 28,55;
- Pegnitz 50; Hildesheim 20; Linlage 32,90; Hensburg 300;
- Köpen 50; Aachen 100; Rogheim 15,20; Düsseldorf 400;
- Dülken 100; Grevenbroich 23,45; Norden 8,60; Oker 200;
- Saarbrücken 200; Wülfel 29; Zingelstätt 300; Würjeln 800;
- Eiberfeld 17,60; Annen 19,70; Dggersheim 30; Olpe 59,45;
- Kiel 42,68; Menden 800; Müggsburg 100; Ludwigs-hafen 100;
- Aachen 800; Delbe 200; Wald 37,25; Bremen 35;
- Duisburg 100; Nürnberg 35; Nifeld 8; Ravensburg 50;
- Ludwigs-hafen 100; Koblshaid 200; Heibelberg 15,60; De-verungen 40,40;
- Schweinfurt 54; Neustadt a. S. 8,10; Türen 12,30;
- Berlin 49,80; Dingelstätt 25,95; Meifen 10,50;
- Siegburg 8,30; Koblshaid 40; Mühlhausen i. Th. 17,15;
- Mühlhausen i. E. 200; Jyerlohn 18,30; Warmen 500;
- Essen 500; Magdeburg 55,15; Gelmstadt 5,50; Bodenwöhr 8,65;
- Berlin 200; Mannheim 40,15; Hoven 5,90; Rebiges 12;
- Tortmund 250; Rauterbach 5; Lübeck 16,50; Menden 400;
- Mainz 9,20; Ingolstadt 38; Schramberg 16,90; Rheine 20,40;
- Obercurjel 47,25; Oberhausen 510; Duisburg 550;
- Engelskirchen 2; Wolfenbüttel 7,70; Mühlhausen i. E. 74,28;
- Gelsenkirchen 600; Altenau 1,40; Olpe 10,20; Meppen 9,90;
- Warstein 7,70; Ravensburg 24; Peine 16,50; Gmünd 44,10;
- Bippstadt 72,80; Bochum 800; Holzhausen 300; Baufen 7,05;
- Essen 3000; Weibert 29 Mark.

Sterbetafel.

Samm (Weiff.) Am 4. Juli starb unser Kollege Friedrich Helm im Alter von 18 Jahren.

Duisburg-Weiderich. Am 10. Juli starb unser Kollege Christian Wolf an Lungenentzündung im Alter von 58 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amern St. Anton. Am Samstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Feinr. v. d. Felten außerordentliche Mitgliederversammlung, wozu sämtliche Kollegen und Kolleginnen dringend eingeladen sind. Berichterstattung über die Generalversammlung. Referent: Kollege Balbes Aachen.

Aachen-Burtscheid. Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 1/4 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Mitglieder werden dringend gebeten alle zu erscheinen. Nichtorganisierte mitbringen.

Bremen. Nächste Mitgliederversammlung am 18. Juli, abends 9 Uhr im Lokale des Herrn Skitt, Steffensweg zur „Marienburg“. Referent: Bezirksleiter Kollege Parlmann, Ham-burg.

Bochum I. Versammlung Donnerstag, den 21. Juli, 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Duisburg. Freitag, den 22. Juli abends 1/2 9 Uhr bei Klippers Mitgliederversammlung. Bericht über die Verbands-Generalsversammlung.

Duisburg-Beef. Sonntag, den 17. Juli nachmittags 5 Uhr bei Köllens Mitgliederversammlung. Bericht über die Verbands-Generalsversammlung.

Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, den 17. Juli, abends 8 Uhr bei Metß Mitgliederversammlung mit Frauen. Tagesordnung: Bericht über die Verbands-Generalsversammlung.

Düren. Sonntag, den 24. Juli, morgens 10 1/2 Uhr Versammlung bei Göhr in Nibisdorf.

Essen-Nelkinghausen. Sonntag, den 17. Juli, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhne, Hauptstraße. Bericht über die 8. Generalversammlung in Duisburg.

Essen-Mittenscheid. Sonntag, den 17. Juli, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Wallen, Mittenscheiderstr. Bericht über die Generalversammlung in Duisburg.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 17. Juli, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale Esser, Hammerstraße. Bericht über die Generalversammlung unser Verbands in Duis-burg.

Essen-Steele-Krag. Samstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Freitag, Grenzstr.

Essen-Suttrop. Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Stattrop, Steelerstr. Bericht über die Generalversammlung in Duisburg.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale Postgüter Frohn-hausenerstraße. Bericht über die Verbands-Generalsversammlung.

Essen-Stadt. Sonntag, den 17. Juli, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße. Bericht über die Generalversammlung.

Frankfurt a. M. Samstag, den 16. Juli, abends 9 Uhr im Reichslokal, Langgasse 29.

Gelsenkirchen-Bulmke. Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Meschebe Post-Emischer. Sonntag, den 16. Juli, abends 8 Uhr bei Dilling.

Gelsenkirchen-Adendorf. Samstag, den 16. Juli abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Walter.

Geizendruppen (Ortsverwaltung). Sonntag, den 24. Juli, vorm. 11 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung bei Dirkes

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gladbek. Sonntag, den 24. Juli, nachm. 4 Uhr bei Kortvot (Christl. Gewerkschaftshaus).

Serne. Dienstag, den 19. Juli 8 1/2 Uhr außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus. (Berichterstattung über die Generalversammlung.)

Samm (Norden). Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Kof, Bodumerweg.

Samm-Drensteinfurt. Sonntag, den 17. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung.

Post-Emischer. Sonntag, den 16. Juli abends 8 Uhr bei Dilling.

Hannover. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinshaus, Konfordiastr. 14. 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Berichtsbesuch. Christl. Metallar-beiter, seid alle zur Stelle, es darf keiner fehlen!

Langendroer. Sonntag, den 17. Juli öffentliche Versamm-lung bei Biehmänn.

Laufen (Bayern). Am Sonntag, den 17. Juli Versamm-lung mit Vespredung über die Lohnbewegung bei der Firma Rauch-Grben.

Ludwigshafen. Samstag, den 16. Juli, abends 1/2 9 Uhr im Gelsenkirchener Mitgliederversammlung.

Mülheim-Ehrm. Sonntag, den 17. Juli, morgens 11 1/2 Uhr in der „Union“ in Oberstyrum Mitgliederversammlung. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung.

Menden (Stadt). Am 17. Juli, vorm. 11 Uhr, Lokal „Deutscher Kaiser“ Versammlung sämtlicher Schleifer. Tema: „Mittel und Wege zur Besserung der Lage der Schleifer.“ Nicht organisierte Schleifer sind hierzu ebenfalls eingeladen. — Abends 7 1/2 Uhr Lokal „Deutscher Kaiser“ Mitgliederversammlung. Tema: Berichterstattung über die Generalversammlung in Duisburg.

Menden-Holzen. Am 17. Juli, nachm. 1/2 4 Uhr bei Kalthoff, Mitgliederversammlung. Tema: Berichterstattung über die Generalversammlung in Duisburg.

München. Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr im „Wismeyerarten“ Schillerstr. 16 Monatsversammlung mit Vor-trag. „Arbeiter und Kommune“ Ref. S. Gemeindevorstandsmäßigst Markt.

Nemscheid. Sonntag, den 17. Juli, vormittags 11 Uhr bei Fris Domann.

Sollingen. Nächste Versammlung Samstag, den 16. Juli, abends 9 Uhr bei Borghoff (neben dem Rathaus.)

Schwab. Gmünd. Sonntag den 17. Juli, vorm. 10 Uhr im kleinen Saale des kath. Vereinshauses, Berichterstattung von der Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Schwabach. Der Vorsitzende Michel Ludwig wohnt nicht mehr Pfarr-Gasse 18, sondern Remmühli-Strake Nr. 6. Unter-stütungen werden ausbezahlt bei Kassierer Böhmern, Bahnhof-Strake 31 Samstag von 1—6 Uhr.

Siegburg. Samstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr Ver-richterstattung von der Generalversammlung in Duisburg mit anschließendem Vortrag im Lokal Minoriten.

Enlzbad (Oberpfalz). Der Kassierer Feldmann wohnt jetzt Oberbachgasse, Kentsch-Gaus. Unterstützungen werden nur Sonntag von 12—2 Uhr ausbezahlt. — Sonntag den 17. Juli vorm. 10 Uhr Versammlung in Rosenbergl bei Schreglmann mit Bericht vom Verbandsrat.

Wasseralfingen. Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 1/2 4 Uhr Mitgliederversammlung in der Sängerkalle. Bericht über die Generalversammlung. Referent: Kollege Körner, Gmünd.